

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abohnenkungspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierzehnjährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 geplante Seiten über deren Raum mit 25 Pf. für Gewerbeschafften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

## Fleischnot und Zolltarif.

\* Leipzig, 18. September.

Heute wird die von der Zolltariffkommission eingeführte, aus sieben Mitgliedern bestehende Unterkommission wieder im Reichstagsgebäude zusammengetreten. Seit die Kommission auseinandergegangen ist, hat sich in der parlamentarischen Lage sehr wenig, um so mehr in der allgemeinen Situation verändert. Eine akute Fleischsteuerung ist aufgetreten, begleitet von den Segenswünschen der Agrarier und den wiederholten Ausdrücken ihrer Hoffnung, daß die jetzt bestehenden Fleischnotpreise eine dauernde Einrichtung in der deutschen Geschichte werden und bleiben mögen. Der fleischfressende Bevölkerung in Deutschland wiederum, der die Verhandlungen der parlamentarischen Bürokratie in der Zollkommission bisher achilos überschlagen hatte, wurde jetzt mit der Nase auf die Gefahr gestoßen, die dem Fleischkonsum in Deutschland von den Agrariern droht. Die spontane Bewegung gegen die Fleischsteuerung konnte unmöglich an der bevorstehenden Neugestaltung unserer wirtschaftspolitischen Beziehungen zum Ausland vorübergehen, und mit Entsezen vernahm man jetzt die Zollsätze, die die Kommission in erster Lesung, wenn auch unter scharfem Widerspruch der Regierung, festgesetzt hatte. Die Agrarier haben entschiedenes Recht: nachdem ihnen im Vorjahr die Männer die Karten durchgedrehten, kommt in diesem Jahre die Fleischnot, so daß der deutsche Konsum in zwei Jahresraten den Brotwucher und den Fleischwucher abwechselnd studieren und so einen kleinen Vorgeschnack von den Schönheiten des agrarischen Zukunftstaates gewinnen kann. Wie wollen das Zusammentreten der Zolltariffkommission zum Auslaß nehmen, einmal zu berechnen, wie sich der finanzielle Effekt der Kommissionsbeschlüsse über die Viehzölle für den Geldbeutel der Großstadt Leipzig stellen würde.

Die bisherigen Einfuhrzölle auf Vieh sind im Verhältnis zu den Vorschlägen der Regierung vielleicht mäßig zu nennen. Gegenwärtig berechnet sich der Zoll nach der Stückzahl und beträgt für den Ochsen 25,50 M., für das Schwein 5 M., für Bullen und Kuh 9 M., für Jungvieh 5 M., für Kalber 8 M. und für Schafe 1 M. Nur geschlachtetes Fleisch wird nach dem Gewicht verzollt und zwar der Doppelcentner zu 17 M. Diese Sätze gelten den Vertragsstaaten gegenüber, sind also für den weitauß größten Teil des nach Deutschland eingeführten Viehs und Fleisches maßgebend gewesen. Budem beträgt die Spannung zwischen den Vertragsräten und dem allgemeinen Satz höchstens 20 Prozent und besteht nur für Ochsen (30 M.), Jungvieh (6 M.) und Schweine (6 M.).

Die Vorlage der Regierung wollte nun an die Stelle des Stückzolls den Gewichtszoll nach dem Lebendgewicht einführen, und zwar sollte dieser für Ochsen 12 M., für Schweine 10 M. pro Doppelcentner betragen. Da ein Ochse durchschnittlich über 7, ein Schwein über 1 Doppelcentner Lebendgewicht hat, so würde der Durchschnittszoll für einen Ochsen nach der Vorlage sich von 25,50 M. auf 85 M., für ein Schwein von 5 M. auf 10—11 M. erhöht haben. Das war aber den Agrariern noch lange nicht genug. Sie verlangten die einheitliche Verzollung alles eingeführten Viehs mit 18 M. den Doppelcentner Leben- gewicht. Gleichzeitig forderten sie eine Bindung dieser Zölle nach unten in der Weise, daß die Regierung diesen Zollzoll durch vertragsmäßige Abmachungen nicht um mehr als 20 Proz. erhöhen könnten. Damals war es, als Graf Posadowsky seine berühmte Rede von dem Marmorklotz und der wundervollen Bildsäule hielt, in der er die Agrarier mit ausgehobenen Händen beschwore, daß schönes Werk der Regierungsvorlage nicht nur durch ihren vandalischen Agrarismus zu gefährden. Nutzte alles nichts: der Antrag der Agrarier wurde angenommen, und die deutschen Fleischfresser haben jetzt Gelegenheit, sich ihre Fleischrechnungen für die Zukunft nach den neuen Zollsätzen zu berechnen.

Nimmt man an, daß durch die Zölle die Lebensmittel im allgemeinen um den Betrag der Zölle verteuert werden, so läßt sich für die Stadt Leipzig nach den bereits bestehenden Zollsätzen eine Verteuerung des Fleischkonsums um rund 1½ Millionen Mark berechnen.

Legt man nämlich den Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig vom Jahr 1900 zu Grunde, so wurden in diesem Jahr 10 549 Ochsen,

1414 Stück Jungvieh, 12 340 Kühe, 6620 Bullen,

71 465 Kalber, 54 857 Schafe und Ziegen und 157 699 Schweine geschlachtet.

Außerdem wurde frisches Fleisch im Gesamtgewicht von 570 807 kg eingeführt.

Die Verteuerung durch die Zölle berechnet sich also, immer noch nach den bestehenden Zöllen, auf 269 000 M. für Ochsen, 7070 M. für Jungvieh, 111 060 M. für Kühe, 59 580 M. für Bullen,

214 395 M. für Kalber und 788 495 M. für Schweine,

ungerechnet die Schafe, die im Verwaltungsbericht mit den zollfrei eingeführten Ziegen zusammengezogen und daher

gesondert nicht festgestellt werden können, und das eingeführte frische Fleisch.

Zählt man diese Summen zusammen und bringt man für die Schafe einen entsprechenden Teil in Ansatz, so findet man, daß die Fleischverteuerung durch

die Zölle für die Stadt Leipzig sich im Jahr 1900 auf

reicher 1½ Millionen Mark berechnet hat.

Es ist nun interessant, auch die Fleischverteuerung zu berechnen, die eintreten würde, wenn die Sätze der Zoll-

tariffkommission Gesetz werden sollten. Wie bereits erwähnt, hat die Kommission für alle Viehsorten den Zollzoll auf 18 M. den Doppelcentner Lebendgewicht erhöht. Nach den Feststellungen des Verwaltungsberichts der Stadt Leipzig 1900 betrug das Lebendgewicht für Ochsen 7½ dz, für Jungvieh 4½ dz, für Kuh 5½ dz, für Bullen 6 dz, für Kalber 0,71 dz, für Schafe 0,55 dz und für Schweine 1,07 dz. Rechnet man nach diesen Sätzen die vorhin angeführten Stückzahlen in Gewichtszahlen um, so findet sich, daß rund 75 000 dz Ochsen, beinahe 6000 dz Jungvieh, 67 870 dz Kühe, 39 720 dz Bullen, etwa 50 000 dz Kalber und rund 160 000 dz Schweine in Leipzig geschlachtet worden sind; außerdem wollen wir von Schafen, deren Einfuhr die der Ziegen doch weit übertreffen dürfte, rund 20 000 dz in Ansatz bringen. Das sind insgesamt 418 590 dz Lebendgewicht, was bei einer Zollbelastung von 18 M. für den Doppelcentner eine Verteuerung von 7534 620 M. oder mehr als 7½ Millionen Mark bedeutet.

Außerdem hat die Kommission den Zoll auf frisch eingeführtes Fleisch von 20 M. (Vertragszoll 15—17 M.) auf 45 M. und für einfach zubereitetes Fleisch auf 60 M. pro Doppelcentner erhöht. Es dürfte kaum zu hoch gegriffen sein, wenn man daraus unter Zugrundelegung der Thatache, daß im Jahr 1900 in Leipzig über 5708 dz frisches Fleisch eingeführt worden sind, eine weitere Verteuerung von 8—40 000 M. berechnet, so daß die ganze Verteuerung des Fleisches für die Stadt Leipzig rund 8 Millionen betragen würde.

Das würde allerdings eine wesentliche Verschärfung der bestehenden Fleischsteuerung und zugleich ihre Bereinigung bedeuten. Denn die jetzige Fleischsteuerung, die sich in der Hauptsoche in den allgemeinen Aufschlag der Fleischpreise um 10 Pf. pro Kilogramm ausdrückt, belastet den Leipziger Fleischkonsum, der sich 1900 auf rund 30 Millionen Kilogramm Totgewicht belief, um 3 Millionen Mark, wogegen noch die Zollbelastung durch die bestehenden Zölle um 1½ Millionen Mark tritt, so daß die künstliche Fleischverteuerung für Leipzig durch Zölle und Viehzölle zur Zeit 4½ Millionen Mark oder 10 M. auf den Kopf der Bevölkerung erreicht. Die von der agrarischen Mehrheit der Zolltariffkommission geplante Fleischversteuerung würde der Stadt Leipzig eine Extrasteuern von rund 8 Millionen Mark zumuten; die Fleischpreise müßten also abermals um mindestens 10 Pf. für das Kilogramm erhöht werden und diese Verteuerung würde zu einer dauernden Einrichtung werden. Wir können uns wenigstens nicht denken, daß die Leipziger Fleischherstellung, trotz aller konservativen Gottergebenheit und Königstreue, gewillt wäre, die mehrere Millionen betragende Mehrbelastung aus eigener Tasche zu bezahlen.

## Seuilleton.

(nachdruck verboten)

### Das tägliche Brot.

Roman von Klara Viebig.

Mutter Heschke ließ es nicht an handgreiflichen Ermahnnungen fehlen. „So willst du mich nicht davon abhalten.“ sagte sie. „Schwächlich ist sie man, ich kann ihr doch nicht zu Schanden hauen. Furcht hat sie wohl, aber keine Besserung.“

Noch zitterte Grete das Herz, wenn sie an jene Büchigung dachte, die ihr am Morgen nach Arthurs Hochzeit zu Teile geworden.

„Ich wer der lehren, mir so zu blamieren.“ hatte die Mutter geschrien, die schlechter Laune war, und mit der Faust zugehauen, wohin es gerade traf.

Und Grete war in die Senie gefunken und hatte, ohne nur den Versuch zu machen, mit den Armen ihren Kopf zu schützen, widerstandslos die Schläge über sich ergehen lassen. Sie litt ohne Laut, ohne mit der Wimper zu zucken, ohne Thräne, mit entrücktem Blick.

Nur als ihr am Abend, da sie, wie immer, verstohlen hinausschlüpfen wollte, die Mutter den Weg vertrat, sah sie sich zur Wehr. Trotz ihres Sträubens zerrte die Mutter sie in die Küche und schloß sie ein. „Da bleibtste. Ich wer der wohl det Handwerk mit de Heilsarmee lejen!“ — Da hatte sie gewimmert und sich verzweifelt auf dem Rückenheitbett gewälzt:

Grete sah dorthin. Was ihr fehlte, konnte sie selber nicht sagen. Lust — Rächt — Liebe — ! Sie hatte ja immer im Keller gewohnt.

Oft konnte sie morgens nicht aufstehen, so schwach fühlte sie sich; eine bleierne Müdigkeit lärmte ihr die Glieder. Der Leib thut ihr weh, der Rücken, die Brust — alles, alles.

Dann blieb sie liegen, ohne sich zu rühren, die Hände über der Brust gefaltet, und blickte starr gegen die dunkle, feuchte Kellerwand.

Die Mutter ließ sie liegen — zu gebrauchen war sie ja doch nicht — und schickte ihr durch Eli eine Tasse Kaffee und eine Schrippe. Über der Kaffee war der letzte aus der Kanne, die Körnchen des Grunds reizten die Kranken zum Husten; und die knusperige Schrippe wollte nicht durch den trockenen, ausgebrannten Schlund rutschen.

So genoss sie gar nichts, sondern starnte wieder gegen die dunkle, feuchte Wand — stundenlang, — bis ihr vor Schwäche die Augen zufielen.

Und dann kamen ihre Träume, wunderbare Träume; halb im Schlaf, halb im Wachen. Sie hörte Stimmen singen, wohlbekannte Stimmen:

Sage es Jesu!  
Du hast sonst nimmer  
Solchen Freund und Bruder —

„Halleluja — !“ Sie richtete sich halb im Bett auf, sehnfütig streckte sie die Arme aus.

Fröhliches Händeklatschen mischte sich in den Gesang, eine anfeuernde Musik begleitete die Füße traten den Takt.

Durchs Perlenhor schon ziehn wir ein  
Ein heilig mächtig Heer —

Warme Hände fühlten ihre kalten, sehnfütig ausgestreckten; sie fühlte sich mitgezogen, emporgehoben — höher — höher — sie schwieb allein voran.

Immer rauschender wurde der Gesang, immer un-

widerstehlicher. Die Pforten des Himmels sprangen auf, da wirkte schon der goldene Thron. „Halleluja, gerettet, gerettet!“

Mit einem heiseren Schrei fuhr die Erwachende auf, eine ungeschickte Hand hatte ihr ins Gesicht gefaßt.

„Na, Grete, was machst denn?“

Es war der Vater. Wenn die Mutter born im Laden ganz in Anspruch genommen war, dann kam er angeschlorscht. In der Küche, die noch viel dunkler war, als die übrige Wohnung, konnte er gar nichts sehen; da hielt er die Hände vorgestreckt und tastete sich so weiter.

„Thut Dich was weh?“

„Ne,“ hauchte sie leise.

„Willste denn noch nich bald usslich'n?“

„Ne.“

„Draußen scheint die Sonne!“

Sie sagte nichts mehr. Da zog er einen Seufzer neben ihr nieder.

So ward es Frühling. Aber nur ein Frühling, der im Kalender steht; in Wirklichkeit war er rauher als der Winter. Regen, mit feinem Hagel vermisch, schauerte nieder, die ersten vorwitzigen Blättchen erbarmungslos niederschlagend. Man heizte nicht mehr, man fror doppelt und erkältete sich.

Mine kämpfte am Morgen mit vorgebeugtem Leib gegen den scharfen Ostwind. Immer früher trat sie auf ihrer Aufwartestelle an, immer eiliger suchte sie wieder wegzukommen; denn wenn sie sich hier in Schweiß gearbeitet, um so rasch als möglich ihre Pflicht zu erledigen, dann ging das Tagewerk erst recht für sie an. Zweimal in der Woche ging sie Reinemachen, dreimal Waschen. Was sie den Herrschaften des Morgens an der Arbeitszeit abknapple, sah sie des Abends an; oft

Auch wenn man die vertragsmäßige Herabsetzung dieses enormen Salzes von 18 Mf. pro Doppelcentner für einzelne Viehhörte um 20 Prozent, also auf 14.40 Mf., in Rechnung stellt, bleibt die geplante Verlastung darum doch immer noch weit über dem jetzigen Zustand der Fleischsteuerung.

Und was wir hier für Leipzig im einzelnen berechnet haben, das gilt genau ebenso für alle Großstädte und für die ganze große Masse der Konsumanten. Und darum ist es, wenn auch ein wirtschaftliches Unglück, so doch ein politischer Glücksschlag gewesen, daß eine Fleischsteuerung in Deutschland eingetreten ist und die Aufmerksamkeit der großen Masse des Volkes auf den ungeheuerlichen Fleischwuchs gelenkt hat, der von der Bollartskommission mehrheitlich in aller Stille vorbereitet worden ist. Wenn die deutschen Wähler im nächsten Jahre mit ihrem Stimmzettel für die jetzigen hohen Fleischpreise quittieren werden, so wird das deutsche Volk die bestehende Fleischnot nicht zu teuer bezahlt haben.

## Politische Übersicht.

### Das Centrum.

Dem Centrum wird es immer unheimlicher. Von rechts bricht der BUND der Landwirte in seine Hürden ein, und die Centrumschäfe blößen begeistert den Wangenheim und Oerel zu, die mit dem Ruf: Sie gut agrarisch überall über der Fahne des Kreuzes den Bundeszuh aufzuladen. Von links brüdert ihm sein Bündnis in Arbeiterkreisen ab; das Blugblatt, das in München-Gladbach gegen das Centrum verbreitet worden ist, hat eingeschlagen, und eine Resolution gegen die Lebensverteuerungspolitik des Centrums ist trotz des Widerspruchs und heftigen Streubens der Centrumsführer von einer großen Centrumskarbeiterversammlung angenommen worden.

Das Centrum befindet sich also in einer bösen Zwischenfalle. Der BUND der Landwirte hat den westfälischen Bauern vorgerechnet, daß von 100 Centrumswahlkreisen 85 landwirtschaftliche und 15 industrielle Bevölkerung haben. Daraus soll für die Centrumsbauern die Moral folgen, die Parteileitung des Centrums auf die Forderungen der Bündler hinaufzuschrauben, bei Strafe des Absfalls von der Centrumsfahne. Die Bauern haben dieser Rechnung laut zugejubelt, und der BUND der Landwirte wird nicht versöhnen, dem Centrum die Pistole auf die Brust zu setzen, wo er kann. Zu diesem Zweck wird er überall in Centrumskreisen bündlerische Kandidaturen aufstellen, wie er dies bereits im Liebenthaler Wahlkreis, in Bayreuth-Wunsiedel und in Forchheim-Kulmbach getan hat, um so als selbständige Macht bei Haupt- und Stichwahlen aufzutreten und den Centrumskandidaten seine Bedingungen vorzuschreiben. Er hat die Bauern scharf gemacht und diese sollen die Abgeordneten scharf machen gegen die Regierung; denn dem Centrum, das Regierungspartei werden will, trauen die Bündler nicht über den Weg. Schon jetzt schreibt ein Blatt des bayerischen Bauernbunds, das Centrum bereite sich trotz alles Böhnegetisches und Schwefelgeschlags auf einen gelinden Umsfall vor, und die Deutsche Tageszeitung antwortet den Beschwerden des Centrums mit laalem Hohn, man werde ja sehen, wer in der Frage des Bollartis umfallen werde.

Zu dieser bösen Situation ist die Centrumstraktion zu einer Vorberatung zusammengetreten. Die Fraktion ist, wie die Germania feststellt, fast vollständig versammelt, und am Montag ist gar der Reichsschachzettel v. Thielmann im Reichstag erschienen und hatte eine Unterredung mit dem Centrumsgeschäftsführer Dr. Spahn. Die Kölnerische Volkszeitung aber fasst erschrocken die Hände und redet den Bündlern gut zu, sie werden doch selbst nicht glauben, daß im gegenwärtigen Reichstag ein Beschluss über den Kompromiß der Bollartskommission erkläre und hätte eine Unterredung mit dem Centrumsgeschäftsführer Dr. Spahn. Die Kölnerische Volkszeitung aber fasst erschrocken die Hände und redet den Bündlern gut zu, sie werden doch selbst nicht glauben, daß im gegenwärtigen Reichstag ein Beschluss über den Kompromiß der Bollartskommission erkläre und hätte eine Unterredung mit dem Centrumsgeschäftsführer Dr. Spahn.

Den Bündlern ist das natürlich ganz gleichgültig, und die Verlegenheiten des Centrums gaudiern sie nur. Indes werden die Arbeiter des Centrums immer ungemäßlicher; Fleischnot und Krise ziehen als mächtige Agitatoren durch die rheinischen Centrumsgemeine, und aus den Kreisen der Centrumorganisationen selbst erhebt die Opposition ihr Haupt.

Die wirtschaftlichen Gegenseiter innerhalb des Centrums fangen an, sich mächtig zu regen, und wollen den Kleinen sprengen. Die leidigen Magenfragen, die Fragen des Brot- und Fleischwuchses und des 7.50 Mark-Bolles triumphieren über die sozialen Bedürfnisse, mit denen solche Proßen die Centrumsgläubigen bisher hypnotisiert haben. Das ist die kritische Stunde der Centrumseinheit, das ist eine Entwicklung, die im Gange

ging es auf Mitternacht, wenn sie von den weitentfernten Stellen nach Hause kam.

Dann schließt Arthur schon; aber Friedchen lag im Körbchen mit offenen Augen und meldete sich beim wohlbekannten Eint mit einem schlaftrunkenen, merkwürdigen Lönchen. Dann nahm die Mutter ihr Kind aus dem Bettchen und wusch es und kämmte es und schäkerte mit ihm und hielt es auf dem Schoß; am Tag hatte sie keine Zeit dazu.

Die Schulden beim Budiker waren getilgt, der Möbelhändler bekam auch pünktlich seine Abzahlung; Mine suchte ihren ganzen Stolz darin, nichts schuldig zu sein. Aber wie lange würde es wohl so bleiben? Arthur murkte über seine Hausdienerstelle, und Fräulein Haberkorn schien unzufrieden. Sie verlangte allen Ernstes, Mine solle die Bub- und Waschstellen aufgeben und sich, wie zuvor, nur ihrer Aufwartung widmen.

"Über den Monat bloß fünfzehn Mark, Fräulein! Von fünfzehn alleine kann ich doch nicht bestehen!"

Fräulein Haberkorn schien Mines Wink nicht zu verstehen. Sie stöhnte sogar über das viele Geld, das so eine Aufwartung kostete, und zeichnete doch gleich darauf in die Kölle, zur Erbauung einer Schule für schwarze Kinder irgendwo in Afrika, zwanzig Mark.

Ganze zwanzig Mark! Mine konnte sich nicht genug verwundern.

Die alte Neschke hatte in Erfahrung gebracht, daß sich Fräulein Haberkorn insgeheim schon nach einer anderen Aufwärterin umhöre. "Aber warte man," sagte sie zur Schwiegertochter, "der kraule ich sie alle weg. Kein Glas soll die kriegen!"

Deut redete die Haberkorn davon, sich lieber ein Dienstmädchen nehmen zu wollen. Für fünfzehn Mark

geholt werden muß. — dann wird das Centrumproblem gelöst werden; es wird sich selbst lösen, indem das Centrum in seine wirtschaftlichen Bestandteile sich auflöst.

## Deutsches Reich.

### Eine Gemeinde.

Die Kreuzzeitung begleitet die Aussiedlung des Studenten Kalasen in Zusammenhang mit seiner Verurteilung zu sieben Jahren Zwangsarbeit in Nordibirien mit folgenden Erwähnungen:

Damit ist der Beweis gefestigt, wie richtig die Regierung handelte, als sie Kalasen in den Grenzen Deutschlands nicht dulden wollte. Das Bezirksgericht zu Berlin ist keine Verwaltungsbehörde, die die Befehle eines Vorgesetzten blindlings erfüllt, sondern ein ordentlicher Gerichtshof des Kaiserreichs, dessen akademisch gebildete Richter gewiß nicht ein Strafurteil aussprechen werden, wenn das Gesetz es nicht gebieten würde. Ist also Kalasen der erwähnten Strafe unterworfen worden, so hat er sie jedenfalls nach dem Ergebnis der Untersuchung verdient, und wir können uns beglückwünschen, daß das rechtzeitige Eingreifen unserer Behörden uns von einer Persönlichkeit betreut hat, die noch manchen Unheil in Deutschland hätte anrichten können. Die ungewöhnliche Höhe der Strafe spricht dafür, daß Kalasen ein bedeutendes Conto in Russland zu begleichen hatte. Nun werden sich wohl auch die Blätter beruhigen, die ohne Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse für einen Verbrecher eingetreten waren und das Verfahren der Regierung genehmigt hatten.

Es bleibt die übrige bürgerliche Presse unverdient niedrig einschätzen, wenn man die Schlussbemerkung der Kreuzzeitung ernst nehmen sollte. Wenigstens hat die bürgerliche Presse, soweit sie sich bisher zu der Verurteilung gedrängt hat, dies nur mit einigen unterdrückten Negationen der Scham und des Protestes gegen die preußische Auslieferungspraxis gehabt.

Es gehört die ganze seige Niedertracht und cynische Schamlosigkeit des Jägerblattes dazu, diesen häßlichen Schandfleck auf dem deutschen Namen zu einer leuchtenden Heldenhat umzulügen. Schließlich läßt sich freilich über den Geschmack nicht streiten, auch nicht über moralische Geschmacksverirrungen; es geht auch auf dem Gebiete der politischen Moral gewisse Perverstülpungen, die als Produkt generationenlanger Zucht aufstehen und ihren glücklichen Besitzern ebenso vorzüglich und ebel scheinen, als der gesunde moralische Menschenverstand sie ekelhaft und abstoßend findet.

### Chronik der Majestätsbeleidigungssachen.

Der 50jährige Wirt und Schreinermeister Wilhelm Dittendorfer aus Dienheim bei Oppenheim hatte in betrunknen Zustande Anschwemmungen gegen den Kaiser und den Großherzog fallen lassen. Die Strafammer verurteilte ihn wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis.

Wegen Verhöhung des Kaisers wurden in Neu-Posing bei München 10000 Ansichtskarten, die in Innsbruck hergestellt worden sind, beschlagnahmt. Hier handelt sich's anscheinend um Centrumsfabrikate im Anschluß an den Kunstreit und das Kaisertelegramm.

\* Berlin, 18. September. Da die Burengeneralen ihre Reise nach Berlin nochmals verschoben haben, hat sich ein Vorstandsmitglied des Buren-Komitees nach Holland begeben, um sich darüber Gewissheit zu verschaffen, ob und wann die Herren hier eintreffen werden.

Zu derselben Angelegenheit wird aus Brüssel gemeldet: Es bestätigt sich, daß die Reise der Burengeneralen zweifelhaft geworden ist, nachdem mehrere europäische Regierungen erklärt haben, daß sie keinerlei antienglische Kundgebungen dulden würden. In Burenkreisen herrscht eine sehr niedergeschlagene Stimmung.

Herr Stadtrat Kauffmann hat auf drücklichen Rat seine Dienstgeschäfte noch nicht wieder aufgenommen. Kauffmann hat an den Magistrat gestern ein Schreiben gerichtet, in dem er den Wunsch äußert, man möge ihm die Alten, die zu seinem Besitz gehören, zur Bearbeitung nach Hause überlassen. Er wäre vorläufig außer Stande, persönlich im Rathaus seiner früheren Thätigkeit anzutreten.

Sämtliche Berliner Gastwirtschaften kommen heute zu einer Sitzung zusammen, um Stellung zur Fleischverteuerung zu nehmen.

Die Notlage der — Gendarmen. Die Bündler schreien, daß die Throne zusammenrutschen möchten, in Dresden haben sich die pensionierten Offiziere gegenseitig ihre Not gesagt, daß sie mit ihren Pensionen nicht mehr auskommen können und daß dadurch die Gefahr eines Versinkens im Proletariat herausbeschworen werde — was wunder, wenn sich da auch die

den Monat bekam sie sicher eins, schon für viel weniger. Mine war zu ehrlich, um ihr zu widersprechen; gewiß, und dann war das Fräulein auch nicht so verlassen, hatte doch wenigstens immer jemanden um sich. Über das schien es gerade zu sein, warum die alte Dame sich noch immer davor schaute.

Es war ein rauher windiger Abend, einer der letzten im März. Oben, fünf Treppen hoch, bei den jungen Neschkes war es zugig.

Arthur saß an dem kleinen Ofen; Mine hatte einen Heizen müssen, und doch fror er, rieb sich die Hände, schauderte und hustete. Er war sehr übelgelaunt, von einer schweren, hoffnungslosen Müstimmung befallen. Schwermütig stützte er die Ellbogen auf die Knie, klemmte den Kopf zwischen die Hände und brühte vor sich hin.

Mine war eben jetzt, heute ausnahmsweise früh, vom Waschen heimgekommen; noch waren ihre Kleider feucht, die Haare hingen ihr gelöst vom Dampf. Bei jeder Bewegung verbreitete sie einen Wäschedunst, einen unangenehmen Laugen- und Seifengeruch.

Sie strich die Schmalzstullen; da sie sich von der Herrschaft mit fünfundzwanzig Pfennig für das Abendbrot hatte absindeln lassen, konnte sie heute noch etwas Besonderes spendieren. Die Schnitten für ihren Mann und die Semmel für die Kleine belegte sie dick mit Bürstscheiben.

Es war nach neun und sie war sehr hungrig. "Da, Arthur!" Mit vollem Backen kauend, schob sie ihm seinen Teil hin.

Er schob es unwillig wieder zurück. "Ich mag nicht. Alle Tage Schmalzstullen mit Bürst, oder, zur Abwechslung, Schmalzstullen ohne Bürst. Ich danke!"

Gendarmen auf ihre Notlage besinnen? Der Verein ehemaliger Gendarmen in Berlin bereitet eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus vor, in der um eine Erhöhung der durchaus unzureichenden Bezahlung der Gendarmen und eine Regulierung ihrer Pensionsverhältnisse gebeten werden soll. Außerdem will man auf die unhalbare, nicht mehr zeitgemäße Doppelstellung der Gendarmen verzichten. Der Gendarm ist noch dem Gesetz unmittelbarer Staatsbeamter, steht aber unter den Befehlen und der Straf- gewalt militärischer Vorgesetzter. Es finden auf ihn die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs Anwendung. Weiterhin hat der Gendarm Civilvorgesetzte, die ihm ebenfalls Befehle und Anstreiche ertheilen, so daß Kolonnen oftmals nicht zu vermeiden sind. Ihr die Militärvorgesetzten sind dabei die Vorschriften des Ordens- und Instruktionssbuches von 1820 bzw. dessen spätere Nachträge, für die Civilvorgesetzten die Bestimmungen für den Polizeidienst maßgebend. Bei Ermittlung von Verbrechen wird der Gendarm durch die militärischen Anordnungen oft sehr gehemmt, so ist ihm z. B. das Verbot von Gasthäusern nur bei bestimmten Dienstaufgaben gestattet. Einerseits soll er allen Anforderungen eines tüchtigen Soldaten, andererseits denen eines guten Polizeibeamten entsprechen, was sich nicht immer gut vereinbaren läßt. So kann man von einem Beamten, der sich Tag und Nacht auf der Landstraße aufzuhalten hat, nur schwer verlangen, daß er stets in strammer Haltung und in tapfer losen Uniform erscheine. Wenn man der Doppelstellung der Gendarmen ein Ende mache, würden auch deren Leistungen steigen.

Es besteht leider wenig Aussicht, daß die berechtigten Wünsche der Gendarmen im Landtag Unterstützung finden, viel weniger auf Annahme rechnen können. Wären Sozialdemokraten im Landtag, so hätten die Gendarmen wenigstens entschiedene Befürworter ihrer Wünsche. Es ist allerdings ein Glück, daß das nicht der Fall ist. Denn welchen Eindruck möchte es machen, wenn die Gendarmen sehen, daß sie nur bei den Sozialdemokraten ernsthafte Unterstützung finden? Wäre dann nicht die Gefahr nahe, daß sich mancher Gendarm bei den Sozialdemokratie anfreunden könnte? Noch näher würde aber diese Gefahr liegen, wenn die Gendarmen keine Verstärkung ihrer Wünsche finden. Wo man hinsieht, überall taucht das Schreckensbild des Vaterland von den zusammenkratzenden Thronen auf.

Unsere Staatserhaltenden. Der monarchische Weltuntergang, wie ihn kirchlich das sächsische Vaterland mit grellen Farben malte, ist schon eine etwas abgebrachte Drohung. Stets, wenn unsere Jäger befürchten, ihre Taschen aus dem Volksäckel nicht voll genug füllen zu können, schreibt der Loup: "Ginge mein Menetekel an die Wand."

Es erscheint da zeitgemäß, wieder einmal auf eine Rede des konservativen Abgeordneten von Puttkamer-Plauth im preußischen Abgeordnetenhaus hinzuzweisen, die zu Anfang des Jahres 1896 gehalten wurde, und in der es heißt:

Meine Herren, in der landwirtschaftlichen Bevölkerung und — ich sage es als Ostländer mit einem gewissen Stolz — nicht zum geringsten in den östlichen Provinzen ist ein Kapital an monarchischer Gestaltung und Treue aufzutreiben, welches, wenn es mal verloren gehen sollte, meiner Ansicht nach sehr schwer wieder zu erleben sein wird. (Bravo! Sehr wahr! rechts). . . Und das sollte man doch auch auf Seiten der königlichen Staatsregierung nicht außer acht lassen. Denn ganz abgesehen von dem Wohl und Wehe der zitierten Befür, knüpft sich an diese eben von mir gezeichnete Gestaltung eine Masse von Interessen, meine Herren, die man als Lebensinteressen der Monarchie bezeichnen muß. (Bravo!)

Und eine andere konservative Staatsstilze, Abg. Freiherr von Pleitzenberg-Mehring fügte ergänzend hinzu:

Wenn die Landwirte durch Verarmung genötigt würden, ihre Scholle zu verlassen, um Proletariat zu werden, dann würden vielleicht sie selbst noch nicht, aber jedenfalls doch ihre Kinder die überlebten Gestaltungen des fernigen Standes vergessen und verlieren, der uns die besten Soldaten und auch die besten Monarchisten liefert.

Es bleibt innerhin anerkennenswert, daß von konservativer Seite die patriotischen und monarchischen Ideologien so entschieden auf die geselligen Geldsäcke basiert werden. Sogar den geistig Armen dämmt die Wahrheit der materialistischen Geschichtsauffassung.

„Kleine Mittel“ im Wahlkampf. Folgenden Schatzzug zur Verhüllung unerwünschter Wahlkreisliste veröffentlicht die amtliche Berliner Korrespondenz. Man liest da:

Das Verfahren bei Offenlegung der Gemeindewählervlisten im Gebiete des Dreiklassenwahlrechts bedarf einer anderen Regelung. Es liegt sowohl die eigene Abschriftnahme durch

„Aber Arthur, es schmeckt doch so gut," sagte sie und blickte wieder fröhlig zu. „Gelle, Friedchen, es schmeckt doch so gut.“

Die Kleine, im blauen Nachttüll, aus einem alten Barchentrock der Mutter geschneidert, strecte begehrlich die Händchen nach mehr aus.

„Siehste wollt!“ Mine lachte; sie war heute so froh. Hatte ihr doch die Dame, bei der sie gewaschen, eine alte Nottungardine geschenkt; die gab noch ein wunderschönes Sommerkleidchen für Friedchen, vielleicht sogar noch ein Schürzchen. Vergnügt lauerte sie sich bei dem Kind nieder und schwätzte ihm von dem schönen Kleidchen — gelb mit roten Kringeln — vor.

(Fortsetzung folgt.)

### Humoristisches.

Entdeckung. Die kleine Emma (einen Schmetterling entdeckend, der auf ihren Fingerchen etwas Karpe hinterläßt): Ach, sieh nur, Mama, auch die Schmetterlinge sind geschnitten!

Ausgleich. Gnädige (für neu eintretenden Löchlein): Dienstag und Freitag habe ich meistens große Gesellschaft. — Na, das paßt ja gerade. Mittwochs und Sonnabends kommt nämlich mein Schöpfer.

Die Compagniebildung. Kritiker: Ihr Schwank ist zur Säule ausgegriffen worden. — Der eine Autor (zu seinem Compagnon): Meine Hälfte ist das sicher nicht gewesen!

Poetie und Prosa. Rücksichtiger Dichter (im Augenblick seiner Verhaftung): Der Menschheit ganzer Jammer fahrt mich an! — Schuhmann: So, jetzt werde ich Ihnen noch wegen Beamten beledigung belangen!

Allerdings. Bahnkrank (nach der Operation): Diele schreckliche Bahnastreifen! — Bahnarzt: Ja, mein Fräulein, Romane werden im Operationsstuhl nicht erlebt.

Der philosophische Dokt. A.: Ihr Hund hört ja gar nicht, wenn man ihn rast. — Er heißt doch Waldbi! — B.: Ja, aber auf Namen gibt der nig.

Dritte als auch die Erteilung einer Abschrift durch die Gemeindebehörde an Dritte außerhalb des Kreises der Offenlegung der Listen. Die Gemeindevorstände sollen demgemäß bei Offenlegung der Wählerlisten streng innerhalb des bezeichneten Rahmens sich halten.

Der beschränkte Unionsanhang verstand glaubt, daß durch die Offenlegung der Listen diese der Öffentlichkeit zum Kenntnis gebracht werden sollen und daß die öffentliche Verwendung und Verwertung solcher offengelegter Listen nicht irgendwie eingeschränkt werden könnten. Aber die sozialdemokratische Wahlorganisation muß die Offenlegung der Listen aus, und daher muß die Offenlegung rückwärts interpretiert werden. Ob's was helfen wird?

Im Handelsvertragverein hat der weitere Ausschuss eine Resolution angenommen, die unter Hinweis auf die Beschlüsse der Sozialistkommission zu der nachfolgenden Aufforderung an die Regierung gelangt: „Da das rechtzeitige Zustandekommen eines brauchbaren neuen deutschen Generaltarifes als Grundlage für Vertragsverhandlungen bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstags und auf Grund des vorliegenden Entwurfs als ausgeschlossen erscheint, spricht der Handelsvertragverein wiederholte bestimme Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen, ohne das weitere Ergebnis der parlamentarischen Beratungen abzuwarten, alsbald in Verhandlungen mit den Vertragsstaaten eintreten werden, um auf Grund des bestehenden Tarifes neue Handelsverträge abzuschließen.“

Was sagen die Agrarier zur Fleischnot? Der bayerische Landwirtschaftsrat erläutert folgenden Aufruf:

Landwirt! Büchstet Schweine und bringt schlachtfähige Schweine baldigst zum Markt! Auf den Märkten der größeren Städte ist der Zutritt an Schweinen seit einiger Zeit gering; die Preise für Schweine sind dem Produzenten so günstig (1), wie lange nicht mehr. Darum ist es im eigenen Interesse des Landwirts und Schweinezüchter gelegen, gerade jetzt vorhandene Schlachtfähige Schweine zu Markt zu bringen und daneben gleichzeitig die Bestände an Fuchschweinen fortgesetzt zu vermehren. Man verlangt schrankenloseöffnung der Grenzen für Einfuhr von Schlachtvieh. Dessen bedarf es nicht, so lange unsere Märkte mit einheimischem Vieh versorgt werden können. Die Aufzucht und Mästung von Schweinen verträgt auch auf längere Zeit hinaus (1) günstige Erträge. Hier wird noch die Arbeit des Landwirts durch eine angemessene Rente entlohnt.

Das ist ein offenes Bekenntnis der Teuerungspreise für Fleisch. Wie wenig aber ein derartiger Fleischwucher im wahren Interesse der Landwirtschaft liegt, wird in Frühlings Landwirtschaftlicher Zeitung von einem Dekonomierat Plehn einander gesetzt. Man liest da:

Die hohen Schweinepreise, die wir bald seit einem Jahre haben, sind keineswegs durchaus vorteilhaft für die deutsche Zucht gewesen. Wie der Wanderlehrer für Viehzucht, Hollister, in der illustrierten landwirtschaftlichen Zeitung (Organ des Bundes der Landwirte) schreibt, werden junge Sauen schon mit 5—5½ Monaten gepaart, um recht früh Ferkel zum Verkauf zu haben, was selbstverständlich als ein großer Fehler in den Grundsätzen der Zucht gerügt werden muß. Auch nimmt man in der Hest, um nur einen Wert zu verlieren, Ferkel von 4—5 Wochen der Mutter hin, ohne danach zu fragen, was aus diesen schwachen Tieren, denen die Muttermilch entzogen wird, werden soll. Der größte aber aller Fehler liegt darin, daß mancher Wirt aus Geldgier von den Abzüchtern die schwächeren, die keinen so hohen Preis bringen können, zur Zucht zurückkehrt und die besten verkauft. Diese Sinnverirrung ist nur durch die hohen Preise hervorgerufen.... Der Grund, weshalb der Bedarf nicht gedeckt wird, liegt augenscheinlich darin, daß die Schweine unter der Wirkung der hohen Preise in geringerem Gewicht zur Schlachtbank schubt werden. Der Büchst, der sonst seine Schweine erst verkauft, wenn sie schlachtfertig seien und ein Gewicht von 200—250 Pfund haben, schlägt sie jetzt aus Angst vor einem späteren Sinken der Konjunktur schon bei einem Gewicht von 150—200 Pfund los, wenn ihm der Händler im Stall notgedrungen das viele Geld bietet.

Die bayerische Regierung will, wie die Münchener Zeitung meldet, nachdem über drei Viertel der bayerischen Gemeinden eine Fleischversteuerung gemeldet haben, in den nächsten Tagen unter gewissen Modalitäten die Grenze für Viehimport aus Österreich-Ungarn teilweise öffnen.

zu. Centrumswirken. In W.-Gladbach, der Domäne des Konsul Höhe und dem Hauptlager des katholischen Volksvereins fand eine von Centrumswählern einberufene Volksversammlung statt, in welcher Stellung gegen die Polspolitik der Centrumspartei genommen wurde. Beide Referenten, katholische Arbeiter, gingen sehr scharf mit der Leitung des Centrums ins Gericht und erklärten, es sei an der Zeit, daß von den katholischen Arbeitern Beto gegen eine solche Politik eingesetzt werde. Man sollte das alte Centrumprogramm hochhalten und die Abgeordneten, welche die jetzige Centrumspolitik unterstützen, nicht wiederwählen. Arbeiterveterater, welche die Rolle des Volkes kennen, gehören an deren Stelle. Es wurde dann zum Eintritt in den Centrumverein aufgefordert, in dessen Statut der Paragraph 1 lautet: „Der Centrumverein hat sich die Aufgabe gestellt, für eine vollständige Politik auf Grund des Programms der Centrumspartei agitatorisch thätig zu sein.“

Der Pfarrer a. D. Nötzschke und unser Genosse Haberlands-Bartmann, der Kandidat des Wahlkreises, sprachen in der Diskussion. Unser Genosse empfahl zum Schluß die von den Referenten eingebrachte Resolution. In derselben wird gegen die Geltendesprotektion und die Aufhebung der Grenzsperr für Vieh gefordert.

Gewiß ist die Eroberung des Centenntürmes noch ein schweres Stück Arbeit, aber es mehren sich die Anzeichen, daß uns Hilfe aus dem Innern des Turmes kommt.

Die Main-Neckarbahn geht mit dem 1. Oktober b. J. in die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft über. Nach dem Staatsvertrage zwischen Preußen, Baden und Hessen über die Main-Neckarbahn wird die in Darmstadt bestehende Direktion dieser Bahn am 1. Oktober aufgehoben und die Verwaltung und der Betrieb der Eisenbahndirektion in Mainz übertragen, bei der fortan ein badisches Mitglied bestellt wird. Das gesamte, zu diesem Zeitpunkt vorhandene Dienstpersonal der Main-Neckarbahn wird von den betriebsleitenden Verwaltungen mit übernommen. Ausgenommen hiervon ist jedoch der Teil des badischen Personals, der in Folge der Vereinigung des gesamten Dienstes der Main-Neckarbahn entbehrlich wird; dieses Personal ist von der badischen Staatsbahn zu übernehmen. Entlassungen von Beamten u. s. w. aus Anlaß der beabsichtigten Vereinigung im Geschäftsbetriebe der Main-Neckarbahn werden, wie die Deutsche Verkehrzeitung mitteilt, nicht stattfinden.

„Wie der Geist unserer Jugend vergiftet wird. Den Schreiber dieses brachte ein 14jähriger Junge ein für denselben bestimmtes Lehr- und Lesebuch für gewerbliche Fortbildungsschulen in Bayern mit dem Bemerkern, einmal Verbesserung fragt. Einer der ersten Entwürfe wird das

diesen Unforn zu lesen, der da unter der Aufschrift steht: Die Freude der gesellschaftlichen Ordnung, und in Form eines Briefes eines Vaters an seinen Sohn in der Fremde verfaßt ist, um „dem Jungling den Weg zu zeigen, den er zu gehen hat, um ein Meister in der Kunst eines gesitteten Lebens zu werden, das ihm zur Pflege eines gesunden Volkslebens dienen wird.“

Herausgegeben ist dieses „Bebrbuch“ von Ernst Süßner (Dresden), unter Mitarbeit von Weber, Schulrat Bauer und Oberlehrer Neule.

Der Verfasser des genannten Briefes beginnt mit der Beantwortung der „Sozialen Frage“ und kommt dann gleich auf die Sozialisten, denen nichts mehr heilig ist, die den Arbeiter und Arbeiter gegen seinen Vater, den Lehrling und Schellen gegen seinen Meister aufheben. Da nun aber auch die hohe Obrigkeit da ist und das große, herrliche deutsche Heer für böse Fälle bereit hält, so richtet sich der ganze Hass der Sozialisten auf den Staat und seine Einrichtungen. Sie sind überzeugt, wenn Krone und Thron genommen, die Obrigkeit verjagt, der lezte Polizeidienst vertrieben, dann haben sie gewonnenes Spiel. Sie lehren einfach, einen Gott im Himmel gebe es nicht, sei der Mensch tot, so sei er ein Stink Nas. Die Kirchen seien nur da, das Volk in Dummmheit zu erhalten. Sie reden von exproprieren, das heißt, einem Menschen sein Geld und Gut mit Gewalt abnehmen. Da ist doch der Aufruhr, der Raub und vielleicht auch der — Mord! (†††)

Die Sozialisten leben sich auch wie die Soldaten im Manöver zum Krieg. Sie haben die sogenannten Streiks erfunden; da kommt von Berlin oder Hamburg aus die Weisung, die Arbeit niederzulegen, und die Gesellen zwingen dann den Meister, ihnen mehr Lohn zu geben....

Das schrecklichste aber ist der „Volksstaat“. Rang und Stand haben darin aufgehört, ebenfalls Armut und Reichtum. Der Minister wäre und hätte soviel wie der Nachtwächter. Über alle wollen nichts mehr arbeiten. Würde das Ziel der Sozialisten erreicht, dann würde es bald an tüchtigen Beamten fehlen und diese mühten dann durch solche erreicht werden, die für Handarbeit untauglich sind — durch Krüppel, Lahme, Blinde u. c.

Nicht anders ist's mit der Teilelei. Wollten sich die Besitzenden das nicht gefallen lassen, mühten sie zum Knüttel oder Schwert greifen. Also ein Volksstaat im Sinne der Sozialisten und Kommunisten ist ein Luckloch. Er wird ewig widerhallen von Krieg und Kriegsgeschrei, und Säbel und Karabiner werden das Regiment führen. Und damit behüte Dich Gott — — vor den Sozialisten! Dein alter Vater.

Dass dieser Aufsatz beim größten Teil der Schüler seinen Zweck verfehlt, dessen sind wir sicher. Aber trotzdem muß mit Entschiedenheit auf solche Versuche pädagogischer Massenvergütung hingewiesen werden.

**kleine politische Nachrichten.** Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und England ist um ein Jahr verlängert worden. Das amtliche Blatt, welches die Bekanntmachung betreffend Aufhebung des Kriegsrechts in der Kapkolonie enthält, bringt auch eine Proklamation betreffend die Durchführung des Gesetzes, durch welches der Regierung eine vollständige Kontrolle über sämtliche Waffen und Munition, sowie über deren Einfuhr gegeben wird. — Einer Meldung aus Villemontz folge wurden die Regierungstruppen in einer Schlacht, die in der Nähe von Tainanquillo am 11. September begann und vier Tage lang dauerte, geschlagen. General Garrido, der diese Truppen befehligte, langte am 15. September mit 2100 Mann in Valencia an, so den Weg für weiteres Vorbringen der auständischen freilassen. Außer dieser Truppe steht an Regierungstruppen nur noch die von Gastro selbst befehlte Streitmacht im Felde. — Zu dem doppelten Zweck, die Juden in den Balkanstaaten zu räumen und von Amerika die Gefahr der schwärzlichen Einwanderung mittellos Personen abzunehmen, wandte sich Staatssekretär Hay in gleichlautenden Telegrammen an die amerikanischen Botschafter und Gesandten bei den Mächten, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, in der Hoffnung, daß die Mächte Rücksicht an seine Pflichten gegenüber der Civilisation erinnern und es zur Besserung der Lage der zu-mäischen Juden veranlassen.

### Frankreich.

#### Jur Vergarbeiterbewegung. — Senats-Wahlwahl.

(1) Paris, 16. September. Die Urabstimmung der Vergarbeiter des Voirebeckens über die Frage der sofortigen Streiterklärung zeichnet sich durch die Stimmenthaltung der überwiegenden Mehrheit. Von den elf Gewerkschaften, die den Voire-Verband bilden, haben nur drei an der Abstimmung teilgenommen, diejenigen von Saint-Etienne, Birminy und Alzamare. Die übrigen acht Gewerkschaften in acht anderen Orten haben meistenteils in Generalversammlungen beschlossen, die Entscheidung des Vergarbeiterkongresses (24. September) abzuwarten. Die drei genannten Orte zählen insgesamt etwa 10000 Vergarbeiter, an der Abstimmung aber haben sich nur 3704 Männer beteiligt, darunter 2865 für den sofortigen Streik, 839 dagegen. Nun hat das Verbandsomitee das Datum der Streiterklärung zu bestimmen. Es soll das erste nächste Sonntag thun, d. h. ein paar Tage vor dem Landeskongress. Es ist daher anzunehmen, daß die Frage des partiellen Streiks im Voirebecken tatsächlich bis zur Entscheidung des Kongresses über den Generalstreik aller französischen Vergarbeiter in der Schwebe bleiben dürfte.

Im Departement Drome wurde der radikale Vizepräsident der Deputiertenkammer, Maurice Faure, ohne eigenliche Gegenkandidaten mit 657 Stimmen bei 743 Abstimmenden den Senat gewählt. Er erzeugt übrigens einen gleichfalls radikalen Senator, welch lehnte an die Stelle Emile Bouhet, des Präsidenten der Republik, gewählt worden war. Mr. Faure folgt dem Willen der bürgerlichen Politiker, bei der ersten Gelegenheit aus der Deputiertenkammer in den ruhigeren und beruhigenden Senat hinaufzusteigen.

### Niederlande.

#### Die Thronrede. — Wahlrechtbewegung.

v1. Die niederländische Thronrede, womit die Königin Dienstag die Kammeröffnung eröffnete, soll eigentlich das Arbeitsprogramm der christlichen Regierung geben. Minister Kuyper, der bis jetzt noch nicht viel anderes gethan hat, als im Auslande die Feder der Journalisten in Bewegung zu bringen für die Verbreitung einer Unmasse Phantasienachrichten, sollte einmal sagen, was er uns bietet, nicht als Reaktion, sondern als Arbeits-

minister. Die übrigens gut ausgefeilte Thronrede (Dr. Kuyper gilt als der beste Journalist Hollands) gibt sehr wenig Wirkliches. Die Krise wird erwähnt als eine auswirkende Erscheinung, die mir auf die niederländische Schiffahrt zurückschlägt. Mit der Landwirtschaft stehe es nicht ungünstig. Auf dem Gebiet der Arbeit gibt es viel ermutigendes, aber auch vieles, was nach Verbesserung fragt. Einer der ersten Entwürfe wird das

Unterrichtswesen betreffen. Man fängt auch hier wieder bei den Interessen der Großbourgeoisie an. Der Impfzwang wird beschränkt werden, die Lehrer werden ihre schon durch die liberale Regierung vorbereitete Witwen- und Waisenversicherung bekommen, die Lehrer der nichtöffentlichen Schulen ihre Altersversicherung. Das Arbeitsgesetz wird durch ein anderes ersetzt werden. Was darin stehen wird, sagt man nicht. Für die Regelung des Volksunterrichts in literalem Sinne wird eine Staatskommission ernannt werden.

Ein Gesetz betreffend den Arbeitskontrakt wird kommen, und eine Revision der Vermögenssteuer. Die Staatslotterie wird abgeschafft. Das Bankmonopol der Niederländischen Bank muss aufs neue geregelt werden. Mit einigen Phrasen über die Kolonien schließt die Thronrede.

Auch in diesem Jahre wird also die Vorlage zur Einschränkung der Arbeitszeit für Erwachsene auf höchstens 11 Stunden nicht wiederkehren. Über die Arbeitspensionierung, wofür die vorige Regierung auch schon einen Entwurf vorgebracht hatte, steht auch kein Wort in der Thronrede. Es wird immer sicherer, daß wir nicht nur ein clericales, sondern auch ein entschieden konservatives Ministerium haben.

Das einzige Gute ist, daß in der Thronrede eine Erhöhung der Einfuhrrechte noch nicht angekündigt wird. Das kommt nur, weil das Geld noch nicht fehlt und man noch nicht die Absicht hat, eine Sozialreform, welche etwas kostet, anzufangen.

Das Arbeiterwahlrecht ist durch seinen früheren Befürworter Dr. Kuyper gänzlich in Sicht gelassen. Er redet kein Wort mehr darüber.

7000 Mann demonstrierten Sonntag in Utrecht für das allgemeine Wahlrecht. Wäre das weiter schön gewesen, die Demonstration hätte 20000 Menschen gezählt. Insgesamt waren 325 Organisationen vertreten.

### Italien.

#### Das Drama von Candela.

ac. Vor einigen Tagen brachte der Telegraph aus Foggia die Nachricht, daß es in Candela bei einem Streik der Landarbeiter zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen sei, wobei sieben Streikende erschossen wurden. Die Fassung des offiziellen Telegramms ließ natürlich keinen Zweifel darüber, daß alle Schuld auf Seiten der Arbeiter zu suchen sei. Um die Wahrheit zu ergründen, entstanden die Sozialisten die Delegierten Garibaldi, Collini und Commandini nach Candela. Dieselben haben Verhöre nicht bloß mit den Arbeitern und Bauern, sondern auch mit Grundbesitzern und anderen unbeteiligten Personen angestellt und veröffentlichten nunmehr ihren Bericht im Avanti.

Was die Ursachen des Streiks selbst anbelangt, so kommt folgendes in Betracht: Die Landarbeiter werden in jener Gegend immer für das ganze Jahr gemietet; die Löhne, die nur 400 Franken pro Jahr betragen, werden zum größten Teil in Naturalien bezahlt. Die Kontrakte laufen in der Regel vom 8. September bis 8. September. Die seit kurzem gegründete Organisation der Landarbeiter, der gegen 800 Personen angehören, hatte deshalb Anfang September neue Kontrakte ausgearbeitet, in denen vor allem die Forderung aufgestellt war, die Jahreskontrakte abzuschaffen und im Tagelohn zu zahlen. Für Männer und Frauen waren bestimmte Tarife für die verschiedenen Arbeiten aufgestellt. Im Januar und Februar hatte der Arbeiter, der gegen 800 Personen angehören, hatte deshalb Anfang September neue Kontrakte ausgearbeitet, in denen vor allem die Forderung aufgestellt war, die Jahreskontrakte abzuschaffen und im Tagelohn zu zahlen. Für Männer und Frauen waren bestimmte Tarife für die verschiedenen Arbeiten aufgestellt. Im Januar und Februar sollte der Lohn pro Tag für 6½ Stunden Arbeit 1,35 Franken, für 11 Stunden Drehschärfe im Maximum 3 Franken betragen. Der Gemeindevorsteher, selbst ein großer Grundbesitzer, gestand den obengenannten Deputierten zu, daß die von den Arbeitern aufgestellten Tarife nicht als übertriebene Forderungen bezeichnet werden können.

Am 8. September waren aber die Forderungen noch nicht bewilligt und die Arbeiter streikten und waren auf der Straße in Gruppen versammelt. Es fand die Beerdigung eines ihrer Kameraden statt und der Präsident der Liga hatte, um die Streikenden beizumessen zu halten und damit jede Gelegenheit zu Reibereien mit den Gendarmen zu vermeiden, für nachmittags eine Versammlung einberufen. Um diese Zeit fuhren mehrere Wagen, besetzt mit Arbeitern, die sich von der Organisation getrennt hatten, nach den Feldern. Eine Frau suchte die Pferde eines dieser Wagen aufzuhalten. Der Präsident der Landarbeiterorganisation suchte die aufgeregte Menge zu beruhigen und warnte vor jeder Gewaltthätigkeit. Dies wäre ihm wahrscheinlich auch gelungen; da ergriff aber ein Gendarm die betreffende Frau am Arm und zerrte sie mit sich fort. Die Menge war kaum noch zu halten, sie suchte die Frau zu befreien, ein Schuhmacher aus Foggia stürzte sich auf den Gendarmen und entzog ihm den Karabiner. Nun zog der selbe Revolver heraus und feuerte alle sechs Schüsse ab; ein allgemeines Schlächten begann nunmehr. Die Gendarmen schossen und stachen in wilder Wut auf die Menge ein. Gegen 60 Schüsse wurden abgegeben; 7 Tote und eine Unzahl Verwundete deckten das Schlachtfeld. Ein Verwundeter ist nachträglich noch seinen Wunden erlegen, so daß bereits 8 Opfer zu verzeichnen sind. Bis jetzt sind 41 Verhaftungen vorgenommen worden. Den eingesperrten, durch Hunger und Elend zur Rebote getriebenen Bauern wird der Prozeß gemacht werden. Acht Tote, soundsowiel Verwundete, viele Jahre Gefängnis und Zuchthaus — das wird das Resultat des Nebeneifers (milde ausgedrückt) der Ordnungswächter sein.

**Rugland.**  
**Russisch-Chinesisches.**

Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Peking vom 18. September haben der dortige russische Gesandte Lefor, der Kommandant von Port Arthur und der Generaldirektor der mandschurischen Bahn vorbehaltlich der Zustimmung der russischen Regierung beschlossen, die Minschwang-Bahn am 8. Oktober den Chinesen zurückzugeben. Desgleichen sind Abmachungen bezüglich der Freigabe der südlichen Provinz der Mandchurie getroffen worden.

**Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!**  
**Seid unausgesetzt thätig für die Werbung**  
**neuer Abonnenten!**

Über 2000 Abonnenten.

**Billiger wie überall!**

# Ich kann es!

## Komplette Braut-Ausstattungen auf Abzahlung

von Mark 1.50 pro Woche an.

**Bei 20 Mark Anzahlung**

lieferbar ab

2 Bettstellen	1 Tisch
2 Matratzen mit Reil	1 Spiegel
1 Sofa	1 Küchenstraße
4 Stühle	1 Küchentisch
1 Kleiderschrank	1 Küchenstuhl

Große Auswahl Bettstellen und Matratzen, Schränke, Vertikos, Kommoden, Sofas, Divans und Garnituren u. s. w. schon von 5 Mark Anzahlung an.

Größe Auswahl in Anzügen und Überziehern für Herren und Knaben  
Damen-Konfektion und Kleidern  
**Kleiderstoffen, Gardinen, Teppichen**  
und sämtlichen**Manufakturwaren.****Uhren und Regulateure.**  
Kinderwagen.**N. Fuchs****Möbel- und Ausstattungs-Geschäft**  
**Leipzig, Kurprinzstr. 13, I.****Jeder erhält Kredit.**

Die echte und beliebteste

**Waldmeister-Cigarette**der Cigarettenfabrik Tuma, Dresden,  
zu haben, und wende man sich wegen Errichtung weiterer Depots  
an die Geschäftsstelle: Leipzig, Grimmaische Str. 31.**Seefische billig, Fleisch teuer!**Bei der augenblicklichen **Fleischnot** sollten jetzt auch alle diesejenigen Haushalte, welche bisher keine **Seefische** auf den Tisch brachten, einen Versuch damit machen, sie verschaffen dadurch ihrer Familie eine **nahrhafte, wohlschmeckende Speise** und ersparen viel Geld.

Wir erhalten täglich frische Zufuhr und verkaufen stets zum billigsten Tagespreise.

Seefisch-Kochbuch auf Verlangen gratis.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft****„Nordsee“**

25 Reichsstraße 25.

**Zur Arbeiter-Theater-Vorstellung****Der Erbförster**

empfiehlt

**Text-Bücher**

Preis 20 Pfennige

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Alle Ausdräger der Leipziger Volkszeitung nehmen

Bestellungen entgegen.

**Restaurant Quetsche**Sonneberger Str. 70.  
Empfehlung meiner gebrachten Nachbarschaft, Freunden und Gönner mein originalles Kneiplokal. Zum Ausschank gelangt Lagerbier aus der Brauerei J. A. Ulrich, echt Bayerisch u. Goße. Warme u. kalte Speisen zu jeder Zeit. Musikalische Unterhaltung. Ausmerksame Bedienung.

Edwin Fischer.

Um gütigen Aufdruck bittet  
Querstr. 24 Restaurant Wanderer (Inh.: Max Schröter)  
empfiehlt seines als vorzüglich anerkannten Mittagstisch insl. Suppe 50 Pf.,  
ff. Lagerbier von E. W. Raumann, echt bayer. Exportbier. Schöne rauhfreie Gast- und Frühstückstische. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische Gallerküscheln sowie Sonnabends Schweinstooken. [2870]**Diana-Bad**, Temperatur des Schwimmbeckens 18°. Damen: Mont., Mittw., Freit., 1.-2.5 nachm.  
Dienst., Donnerst., Sonnab., 1./9, 11borm.

Verantwortlicher Redakteur: August Lüttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

**Ausverkauf!****10 Ctr. Tuchreste**

verwendbar zu Herren- und Knabenanzügen, Hosen, Damenröcken, Jacken, spottbillig. Kleine Reste 1-2½ M.

Nur während der Messe.

Gr. Fleischergasse, Goldner

Elefant, 1 Treppe.

Schluss Sonntag nachm. 4 Uhr.

**Konkurs-Möbel-Verkauf**

der Thilo Dobischschen Konkursmasse.

Von jetzt ab kommen nebst anderen Möbeln, komplett Ausstattungen im bisherigen Geschäftsräum Tuchrest, Leipziger Str. 89, an festgelegten Rastabreiten zum Verkauf. Transport frei. Geliebte Möbel können sofort los stehen bleiben.

**Monatsgarderobe.**J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I.  
am Markt u. Rathaus.

Empfohlen in reicher Auswahl allerlei neue Frühjahrspalotto, komplett Anzüge, alle Jungen u. Weinen. Eleg. Bräute u. Gesellschaftsanzüge, auch Seihweile.

**Reparatur-Werkstatt**

für Nähmaschinen aller Systeme

Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.  
(Frühere Firma: G. Neidlinger)

Leipzig, Augustusplatz 1.

Grütestes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gefl. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen "Singer" angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unserem neuern Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

**Gartengeräte.**

Sägen, Beile, Hobel

Wasserwagen.

Spitz- u. Radchacken.

Schaufeln und Spaten.

Berz. Drahtgesplechte.

Werkzeuge für Maurer

Bimmerer, Tischler, Schlosser.

**Möbel- und Baubeschläge.**

Alwin Richter

Eisenwarenhandlung

Reudnitz, Dresdener Str. 36

nahe am Rathaus. [791]

**Eugen Unger**

Dresdener Strasse 45.

Verkauf u. Reparatur u. billig.

**Erstlings-Wäsche**

Gendchen von 10 Pf. an

Jäckchen von 20 Pf. an

Stiebketten von 100 Pf. an

Hugo Blum, Wäschefabrik.

Leipzig, Reichsstraße 9.

Nach langem, mit Geduld ertragtem schwerem Leiden verschied heute

nochmittag 1/4 Uhr unser innig geliebter Sohn Rudolf im Alter von

8½ Jahren. Schmerzerfüllt zeigen dieses mit der Bitte um feste Teilnahme nur hierdurch an

L. Plagwitz, den 17. September 1902.

Georg Schröder und Frau geb. Sachsenröder.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 20. d. M. vorm. 11 Uhr vom

Trauerhaus, Schneidestraße 15, aus statt.

[2868]

**Kartoffel-Ausgabe.**

Welche Kartoffeln werden täglich ausgegeben an der Merseburger Straße über der zweiten Pforte. Höhe 80 Pf. 8304] Rittergut Gundorf.

8848] Grosse

**Kartoffel-Ausgabe.**

Sonntag den 21. fällt und folgende Tage bleibt an der Holzhausenstraße, direkt hinter dem Dorfe, die besten weißen und blauroten Speisetkartoffeln aus Rittergut Stötteritz u. C.

**Kartoffel-Ausgabe.**

Welche Kartoffeln werden auf dem alten Connewitzer Egerzplatz, an der Probsthelder Straße, ausgegeben.

**Klostergut Connewitz.**

Kartoffeln, mehrl. u. wohlschm., 7 Pf.

18 d. Weiße, Berl. St. 6, Ede Müller.

ff. echter Blumenhof, Pf. 28 Pf., zu verlaufen Lindenau, Georgstr. 27, III.

Bei leichten hohen Fleischpreisen

eht nur Fleisch! [2859]

Morgen frische Zufuhr

Schellfisch, Gablonz u. Seelachs

a Pfund 18 bis 25 Pf.

C. C. Matthes, Leipzig-Lindenau, Merseburger Str. 63,

Neugebauer, stat. gebil., statl. nicht geprägt. Praktikant d. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willi, Schwabes Poliklinik, beklebt, u. lang. Er. Geschlechtskrankh. d. M. u. Fr. Pfosten, Ritter-, Blumen-, Parme-, Paul-Zelde, Gramfadengeschwüre u. mit nachweislich vorläufigen Erfolgen. [2856]

Elektrische Duschbäder

und Lichtbäder.

Nr. 1 Königplatz Nr. 1.

Syndikat 9-2, 5-8, Sonnabend 10-1; n. ausführ. brief.

Empfehl. sämtliche

**Gummiwaren**

zur Wochen- und Krankenpflege.

Kar. Klose, Leipzig 40, Berlin 5.

Dampf-Preßfleißer, geg. 20 Pf. - Werk-

Damen finden separate Frauenbedienung.

Frauenleider Frau Gossmann,

Leipzig-Lindenau, Josephstr. 34.

Empfehl. meine

**Damenbinden**

Gummibinden für Massage, Woden-

und Krankenpflege. [2810]

Hüheraugenbänder. Halstüchlein für

zahnende Kinder. Preisliste 30 Pf.

Frau Auguste Graf, Nikolaistraße 4.

\* „Saubert“ \*

vorzügliches Flechwasser, bei

Gustav Hoffmann.

Anger, Zwingerndorfer Str. 6.

**Wohnungsanzeigen.**

Freundl. Wohnung, dem Alberpark gegenüber, umständl. noch vor 1. Oststr. zu vermieten. Könneritzstr. 8, 1. Etage rechts, 1 zweifl. Stube m. Ofen, 1 einfl. Stube m. Ofen, 1 großer Schlosstisch, 1 saubere Küche, 1 Keller, für 350 Pf.

Schöne Wohnung, 1. Etage, 260 M., 1/10. zu verm. Kleinf. Plagwitzer Str. 54, II.

Logis, Stube, 2 R., K., 240 Pf. per 1. 10. zu ver. Neust. Friedrichstr. 14. Gld.

Viereck. häusl. häusl. Stube zu vermieten. Kleinschöcker, Plagwitzer Str. 54, IV.

2 Fenstr. Stube mit Ofen zu vermieten. Kleinschöcker, Schleißiger Weg 23, III.

Frd. möbliertes Zimmer zu vermieten. Neustadt, Martannenstr. 2, III. r.

Möbl. Zimmer ob. Schloß, an 1 ob. 2 Herren ob. Damen, v. d. Gutsmüthstr. 19, II.

Viereck Stube an anfländ. Mädchen oder Frau zu vermieten. Lütticher Str. 48, II.

Freundliche Schloßstube zu vermieten. Neubitz, Mölkauer Str. 4, I. r.

Schloßstube für 1 Herrn.

Boltzendorf, Elsbachstraße 83, pl. I.

**Familienanzeigen.**

Ihrem lieben Papa gratulieren z. heut. Wiegenseite Mama, Gottfried u. Walther.

Der Albert Albrecht soll leben, sein Leben daneben.

Herr Karl Krobitz sendet zum heut. Geburtstage die besten Wünsche. 28. 8.

Frau Marie Reuter soll leben und ihr Leben daneben.

[2868]

**Kauf Sie Ihre Schuhwaren****MaxTack**

Reichsstraße 33/35

# 2. Beilage zu Nr. 216 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 18. September 1902.

## Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

B. München, 17. September.  
Dritter Verhandlungstag.  
(Vormittagsession.)

Den Vorsitz führt Vollmar.  
Eingegangen ist ein Glückwunschtelegramm von dem Internationalen Freiburger-Verband in Genf.

Franz Weiß-Düsseldorf, deren Mandat vom Parteitag nicht anerkannt worden ist, hat das Original des Schriftstücks, durch das sie delegiert worden ist, dem Bureau vorgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung steht:

Meyer - Hamburg folgende Erklärung ab: Die Neuerung Ankers vom Montag über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften ist mir erst nachträglich aus der Münchener Post bekannt geworden. Es handelt sich dabei um meine Person. Die betreffende Neuerung, die mir von dem von Auer erwähnten hervorragenden Gewerkschaftsführer unterschoben worden ist, beruht auf Unwahrheit. Dieser hervorragende Gewerkschaftsführer - es ist der Leiter des Buchdruckerverbandes, Döblin - ließ mich auf dem Halbstädtischen Kongress sagen, daß ich meinen Widerpruch gegen die fortgesetzte Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge ausdrücklich als im Namen der Fraktion abgegeben bezeichnet hätte. Ich habe weder behauptet, daß ich im Namen der Fraktion spräche, noch habe ich meinen Widerpruch begründet mit dem Hinweis auf die Schädigung der Parteikasse. Döblin hat aber seine Neuerungen nicht, wie Auer meinte, auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongress gehalten, sondern auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes. Ich habe sofort schriftlich gegen die Behauptung Döblins protestiert. Döblin hat dann seine Behauptung eingeschränkt und nur aufrecht erhalten, ich hätte im Namen der Fraktion gesprochen. Mein Widerpruch war aber ein rein persönlicher. Ich habe nie die Reichsabstimmung für meine persönliche Auffassung verantwortlich gemacht.

Es folgt nun Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Dazu liegen vor die Anträge 66a, 57, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67 und 68, ferner ein neu eingegangener Antrag Schuberts: „Die Fraktion wird beauftragt, in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstags dem Reichstag vorzulegen. Es sollen ferner besondere Anträge auf Einführung der achtstündigen Normalarbeitszeit in staatlichen und kommunalen Betrieben in allen geeigneten Körperschaften eingereicht werden.“ - Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Vertriebsherr Rofenow: Dem Parteitag liegt ebenso wie in früheren Jahren der Rechenschaftsbericht der Fraktion bereits gestellt vor und ich glaube mich deshalb kurz fassen zu können, doch halte ich es für notwendig, einen Punkt besonders hervorzuheben. Es ist das jene Vorlage, die in der verflossenen Session des Reichstages die wichtigste gewesen ist und die auch bei den kommenden Wahlen im Vorbergrunde stehen wird; es ist das die Bollart-Vorlage. Von der offiziellen und der bürgerlichen Presse ist uns der Vorwurf gemacht worden, unsere Fraktion habe sich bewußt, auf die Verschleppung der Verhandlungen über den Bollart hinzuwirken. Ich muß da gleich sagen: Wenn wir wirklich so gehandelt hätten, so wäre es lediglich im Interesse der Wähler gekommen. Wir hätten es für eine Missachtung der breiten Massen des Volkes, wenn die Regierung in einseitiger Weise solche wichtige Beschlüsse fassen läßt, ohne die Wähler darum zu fragen. Dennoch haben wir bisher keine Obstruktion getrieben, nicht weil wir das nicht wollten, sondern weil wir es nicht brauchten. Zur Verschleppung der Verhandlungen haben die Mehrheitsparteien selbst am meisten beigetragen. Wenn gesagt wird, wir als Bollartpartei hätten die Blöde gehabt, uns in unseren Reden auf das Mindestmaß zu beschränken, so ist darauf zu erwidern, daß wir gar keine Blöde haben, uns unsere Rebedfreiheit auch nur im geringsten beschränken zu lassen. Wir haben uns denn auch in keiner Weise erhalten lassen, von dieser Rebedfreiheit Gebrauch zu machen und haben versucht, durch unsere Anträge dem Tarif eine ganz andere Form zu geben.

Was bisher in der Kommission durch unsere Vertreter geschehen ist, war nur eine oberflächliche Arbeit, die eingehende Prüfung jeder einzelnen Position behalten wir uns für das Plenum vor. Wenn die Regierung solche Angst hat, der Tarif könnte nicht rechtzeitig zu Stande kommen, ja, warum hat sie denn mit der Einführung desselben so lange gezögert? Jahrelang bezog sie alle möglichen kapitalistischen Interessengruppen, aber die Arbeiter wurden im Wirtschaftlichen Ausschuss nicht gehört. Von Anfang an wurden die Agrarier umschmeckt, niemals hat die Regierung die agrarischen Forderungen ernsthaft bekämpft. Hat sie doch sogar zu dem in der Manege des Circus Bush verlangten 15 Mark-Zoll geschwungen! So geriet die Regierung in eine Zwischenmühle, den Agrariern sind die Bölle zu niedrig, den Konsumtoren zu hoch. Daher das lange Zögern; erst infolge der Verhöderung des Tarifs über London sah sich die Regierung endlich veranlaßt, mit ihrem Gutachten hervorzutreten. Und nun sollen wir gewissermaßen im Raum den ganzen Tarif annehmen! Nein, angeblich der Bucherplatte ist eine scharfe Opposition am Platze, zumal, da die Kommission Beschlüsse gefasst hat, die auf eine noch weitere Besteuerung der Lebensmittel hinauslaufen. Diese Beschlüsse, welche Preissteigerungen des Fleisches, des Geistes, des Vieches, der frischen Wurst, der Kartoffeln bewirken sollen und denen sich die Erhöhungen der Bölle auf Industrieprodukte anschließen, müssen eine solche Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse herbeiführen und zwar lediglich im Interesse einer Elitae innerhalb der herrschenden Klasse, daß unser Standpunkt dem Bollartarbeiter gegenüber nur derselbe bleiben kann, den unser Fraktionsredner bei der ersten Sitzung ausgebracht hat mit den Worten: In die Grube mit diesem Entwurf. (Bravo!) Außer ihrem Interesse am Brotmuhs haben die herrschenden Klassen für nichts mehr Interesse gezeigt, natürlich auch nicht für Sozialpolitik. Das zeigt sich schon bei unserer Abstimmung unter der Tafel. Mit völlig leerer Händen stand man uns gegenüber. Die einzigen sozialpolitischen Schritte, die man in dieser Session gethan hat, sind das Seemannsgesetz und das Gesetz über die Kinderarbeit. Die Seemannsordnung ist dabei aus den vorigen Sessionen herübergekommen und jetzt nur abgeschlossen worden. Dabei zeigt sie einen durchaus reaktionären Charakter. Niemals sind unsere Anträge so brutal niedergeschlagen worden, wie hier. Wir stimmen deshalb auch in der Schlusstimming dagegen. Das Kinderarbeitsgesetz ist in dieser Session überhaupt nicht weiter beraten worden. Es zeigt dabei große Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten. Die Bekämpfung der Kinderarbeit besteht nicht bloß im Verbot der Kinderarbeit, sondern in der Verbesserung der Lage der erwachsenen Arbeiter, besonders in der Haushaltung. Im Reichsamt des Innern scheint man sich einzubilden, die Arbeiter schicken aus reinem Übermut ihre Kinder in die Fabrik. Es ist aber nur die bittere Not, die Eltern dazu drängt. Eine Verbesserung der sozialen Lage der Eltern ist eine der wirksamsten Bekämpfungen dieses Missstandes. Die Regierung hat die Landwirtschaft bei der Einschränkung der Kinderarbeit in diesem Gesetz vollständig ausgeschlossen. Stärker schwärzte damals im Reichstage von der Poetie der ländlichen Arbeit und sprach von den Freuden des Kartoffelausmachens. Ich weiß nicht, ob Stärker und seine Freunde jemals Kartoffeln ausgemacht haben. Wenn es geschehen sein sollte, so werden es wohl die höchsten Kartoffeln gewesen sein. (Heiterkeit) Es ist der Regierung offenbar gar nicht um eine wirkliche Bekämpfung der Kinderarbeit zu thun gewesen, sie hat nur wieder einmal den Antheim erwiesen wollen, daß etwas geschehe, während in Wirklichkeit nichts geschehen ist.

Von unserer Seite hat es an Anträgen in sozialpolitischer Be-

ziehung, an sozialpolitischen Anregungen nicht gesetzt. Die Magdeburger Genossen vermessen in ihrem Antrag 60 im Fraktionsbericht ein Eingehen auf die Wohnungsfrage. Wir haben aber bei jeder Gelegenheit Vorschläge zur Lösung der Wohnungsfrage gemacht. Wir wissen, daß, wenn die Wohnungsfrage gelöst werden könnte, damit ein höchst wichtiger Teil der sozialen Frage überhaupt gelöst werden wäre. Die Wohnungsfrage hat im vorjährigen Bericht eine befälligere Besprechung gefunden. Alles, was wir in diesem Jahre haben thun können, war die Erwähnung der Wohnungsfrage bei der Staatsberatung und bei der Befreiung der Ratsstandsinterpellation. Im übrigen wird natürlich die Fraktion beständig diese wichtige Frage im Auge behalten.

Der Antrag 61 verlangt, die Fraktion solle dahin wirken, daß dieselbe ihr Versprechen auf eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes endlich erfüllt. Wir haben wiederholt bei der Regierung angefragt, wie es mit der Materie steht, der Staatssekretär hat geantwortet, daß die Erhebungen in den Einzelstaaten noch nicht abgeschlossen sind. Auch in Zukunft werden wir keine Gelegenheit verpassen, nach dieser Richtung hin anzureißen auf die Regierung einzutun. Die Vereinheitlichung der Versicherung halten wir gleichfalls für eine notwendige Reform, und wir sind auch stets dafür eingetreten. Ebenso haben wir das, was die Hamburger Genossen beantragt, schon verlangt, ja, wir sind sogar dafür eingetreten, daß alle Heimarbeiter der Versicherungspflicht unterliegen; zuletzt haben wir diese Forderung noch bei der Revision der Unfallgesetze gestellt. Nach meiner Meinung sollten Sie alle diese Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen. Der Antrag 63 will, daß wir die Regierung bei der Beratung des Markttariftags über ihre Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in den Reichs-Werbetrieben interpellieren sollen. Die Sache ist wiederum zur Sprache gekommen, sowohl uns die Staatsberatungen die Möglichkeit dazu boten, und auch ohne den Antrag wird das in Zukunft geschehen. Doch können Sie ja den Antrag ruhig annehmen!

Die Anträge 64, 65, 66 und 68a beschäftigen sich mit einer Materie, die schon in der Parteipresse im wesentlichen besprochen worden ist, mit dem Achtfußtagen. So wird von den Genossen des IV. Berliner Wahlkreises verlangt, daß wir die Einführung der achtfüßigen Arbeitszeit für die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter beantragen sollen. Ich bin nun der Meinung, daß, wenn wir schon den Achtfußtag fordern, dies dann für sämtliche Arbeiter und nicht lediglich für einzelne Kategorien geschehen muß; das ist auch tatsächlich entschieden das richtigere. Die Genossen im V. Berliner Wahlkreis und in Erfurt wünschen einen Initiativ-Antrag auf sofortige Einführung des Achtfußtags und die gleiche Materie betrifft der Antrag Schubert. Aus dem im Rechenschaftsbericht enthaltenen Berichtsnach können Sie erkennen, daß nach dieser Tagung des Reichstags ein von uns eingereichter Gesetzentwurf vorliegt betr. die Einführung des zehnfüßigen Maximalarbeitstags für alle im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrsweisen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist. Ich kann mich in Bezug auf diesen Punkt darauf beschränken, daß ich auf das verweise, was auf unserem vorjährigen Parteitag darüber ausgeführt wurde. Eines muß ich aber doch bemerken: ob wir nun die sofortige Einführung des Achtfußtags verlangen oder einen Achtfußtag, der allmählich auf 8 Stunden herabzuführen ist, das ist doch nur ein Streit um Worte. Denn den Maximalarbeitstag verlangen wir doch erst dann bekommen, wenn wir die parlamentarische Macht besitzen, ihn zu erzwingen. Indessen will ich noch darauf verweisen, daß wir bei allen Gelegenheiten, wo es möglich war, für den Achtfußtag einzutreten, dies auch getan haben. Gerade bei den Debatten über die Krise und den Notstand haben unsere Fraktionsredner den Achtfußtag in den Vordergrund gerückt. So wird die Fraktion auch in Zukunft handeln.

Die ganze sozialpolitische Arbeit des Reichstags war also gleich Null.

Der Rechenschaftsbericht hat sich dann auch gezeigt bei der Frage der Kaufmännischen Schiedsgerichte. Der Gesetzentwurf sollte zwar schon bei dem preußischen Justizministerium liegen; in letzter Stunde aber ist es den Interessen, den Prinzipien, gelungen, die Sache aufzuballen. Nun hat es ganz den Anschein, als sollte die Angelegenheit dauernd verschleppt werden, auch ein Beispiel für die geringen Aussichten der Reichssozialpolitik, der sich noch die reaktionäre Rückständigkeit Breuhens entgegenstellt.

Verdientwollt war es, daß auch in diesem Jahr die Wirtschaften in den Krankenhäusern von einem Fraktionsredner wieder zur Sprache gebracht worden sind. Indessen bedarf es bei der Bekämpfung dieser Wirtschaften der wesentlichen Mitarbeit der Genossen im Lande, besonders der in den Kommunen tätigen. Es handelt sich hier um die Besserung der Lage der elendesten, der leidenden Proletarier.

Ich glaube, daß der Parteitag zu dem Schluß kommen wird, daß die Fraktion ihre Pflicht gethan habe. Die Fraktion wird die Pflicht auch in Zukunft um so freudiger erfüllen, je mehr diese Thätigkeit Widerhall im Lande findet.

Die Fraktion wird besonders dankbar sein, wenn die Gewerkschaften die Fraktion mehr als bisher mit statitischem usw. Material versorgen wollen. Das ist fast wichtiger als die Stellung bestimmarter Anträge. Ich schließe mit den Worten: Vorwärts, vorwärts und immer wieder vorwärts müssen wir streben, damit auch den ärmsten Proletarier endlich die Stunde der Erlösung schlage! (Lobhafter Beifall.)

Paul Müller-Hamburg: Die Seemannsordnung und ihre Nebengesetze, die auf ein fast 10-jähriges parlamentarisches Leben zurückblicken, sind von dem Referenten als reaktionär bezeichnet worden, als Vorlagen, die nicht annähernd den berechtigten Ansprüchen der Seeleute genügen. Wenn ich die Gesetze auch nicht als reaktionär bezeichnen will, so muß ich doch sagen, daß sie an sozialer Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Wenn die Reichstagsfraktion aus diesem Grunde gegen die Vorlage gestimmt hat, so hat sie nach meiner Auffassung und denjenigen vieler Tausender deutscher Seeleute damit vollständig recht und korrekt gehandelt. In der bürgerlichen Presse sind der Fraktion wegen ihrer ablehnenden Haltung schwere Vorwürfe gemacht, es ist ihr unterstellt, daß sie aus agitatorischen Gründen dagegen gestimmt habe, obwohl die Vorlage in einzelnen Paragraphen Verbesserungen enthält. Gewiß, einzelne Fortschritte sind darin; aber ihnen liegen reaktionäre Maßnahmen, vor allem die schlimmste Bestrafung des Kontraktbruchs, gegenüber. Schon das war Grund genug, die Vorlage abzulehnen. Dazu kommt, daß das Verlangen der Seeleute, ihnen das unbedingte Koalitionsrecht einzuräumen, nicht erfüllt ist. Die bezüglichen Anträge der Sozialdemokraten hat die Mehrheit niedergestimmt. Nach Ansicht der Seeleute durfte die Fraktion einem solchen Gesetz nicht zustimmen und wir haben ihre Haltung mit Freuden begrüßt. Das Gesetz enthält noch eine weitere Reihe von Ausnahmestellungen, Tausende deutscher Seeleute genießen nicht den Schutz des Gesetzes und sind der Willkür der Räuber ausgesetzt. Das deutsche Seemannsproletariat ohne Ausnahme dankt der Fraktion für ihre Stellungnahme; die Seeleute haben sich überall in großen Versammlungen mit ihrer Lektüre einverstanden erklärt. Das betone ich namentlich gegenüber den Aussführungen von Professor Franke in der Sozialen Praxis.

Paul Hoffmann-Hamburg vertritt den Antrag 62. Der Referent hat bereits erklärt, daß die Fraktion diese Forderung erhoben hat und auch in Zukunft erheben wird. Aber es schadet nichts, wenn sie wieder daran erinnert wird, jahrlang wir Hamburger uns sonst große Zurückhaltung im Stellen von Anträgen und im Reden auferlegen. (Heiterkeit) Das Hamburger Landgericht hat jüngst erklärt, daß alle Angestellten der Konsumvereine der Versicherungspflicht nicht unterworfen seien. Es sagt in einem Urteil, bei dem es sich um die Frage der Versicherung von Angestellten eines Konsumvereins gegen Krankheit handelt, folgendes: Nach dem

Gesetz sind die Personen versicherungspflichtig, welche gegen Gehal oder Lohn beschäftigt sind im Handelsgewerbe, im Handwerk oder in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben. Der Gewerbebetrieb, daß Handelsgewerbe erfordert eine wirtschaftliche Tätigkeit in der Absicht des Erwerbes; es muß aus der Tätigkeit eine Quelle des Erwerbes gemacht werden. Ein solcher Fall liegt nicht vor, wenn eine Tätigkeit lediglich Kostenverminderung bewirkt, wie es hier geschieht. Die Klägerin macht aus dem Handelsbetrieb keine Gewerbequelle, sondern setzt die eingekauften Waren zum Selbstkostenpreise einschließlich der Verwaltungskosten an die Mitglieder ab... Siegt aber bei der Klägerin ein Gewerbebetrieb nicht vor, so besteht für ihre Angestellten auch kein Versicherungspflicht. Unter einem ähnlichen Verhältnis stehen die Seeleute. Auch sie sollten durch Gesetz der Krankenversicherung unterworfen werden. Auch bei der Unfallversicherung sehen wir schon, daß sich die Berufsgegenossenschaften gern um ihre Verpflichtungen drücken. Als ein Matrosen, ein Seemann, verunglückte, lehnte die Seeverbsgenossenschaft die Entschädigung ab, weil der Mann nicht angemeldert gewesen sei. Später hat sie die Verpflichtung allerdings anerkannt und es besteht jetzt die Provis, auch in solchen Fällen zu entschädigen. Aber Kunden klaffen noch immer. Ein alter Kapitän baut sich eine kleine Galliotte und nahm zur Überwachung des Baues einen Steuermann für kleine Fahrten, einen Bestmann an. Beim Übernehmen der Ankunft schafft die Seeleute. Auch die Seeverbsgenossenschaft lehnt die Entschädigung ab, weil das Schiff noch auf den Helgen lag. Die Eisen- und Stahlverbsgenossenschaft lehnt gleichfalls ab und jetzt steht der Provisor, der um so langwieriger ist, als der Seemann nicht häufig auf festem Lande ist. Ich weiß nicht, ob unsere Parteijuristen sich auch so daraus verstehen, den einen Tag Schwarz zu nennen, was sie am Tage vorher schwarz nannten. (Heiterkeit) Aber bei den anderen ist das so. Und deshalb dürfen nicht die Zustetzen der Juristen maßgebend sein, sondern das Gesetz, das entsprechend umgestaltet werden muß. Ich habe das Material beigebracht, an dessen Hand die Fraktion vorgehen kann. - Die Seemannsordnung trägt ja einen reaktionären Charakter, aber einzelne ihrer Bestimmungen stellen doch kleine Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand dar, das erreicht steht allerdings in seinem Verhältnis zu der außerordentlichen Mühe, die die Organisation der Seeleute und unsere Fraktion sich gegeben haben. Eine erneute Revision der Seemannsordnung muss heute schon ins Auge gefaßt werden. Im übrigen ist der zweite Hamburger Wahlkreis mit der Haltung der Fraktion völlig einverstanden.

Wels-Berlin: Namens der Parteigenossen in Solingen, des IV. und des V. Berliner Wahlkreises ziehe ich hiermit die Anträge 64, 65 und 66 zu Gunsten des Antrages Schubert zurück. Der Achtfußtag darf nicht nur für die Arbeiter in staatlichen Betrieben gefordert werden, sondern muß für alle Arbeiter verlangt werden. Es ist fraglich, ob die Einbringung des im Reichstag in dieser Session gestellten Initiativangebotes auf Einführung des Zehnfußtags, von dem aus stufenweise der Achtfußtag zu erreichen wäre, zweckmäßig war. Die Gewerkschaften würden in ihren Bemühungen für den Achtfußtag durch die Einbringung eines entsprechenden Antrages im Reichstage außerordentlich unterstützt werden. Solche Anträge müssen eingereicht werden, weil wir internationale Verpflichtungen haben, weil wir seit langen Jahren das gesuchte Proletariat der Welt führen zu Gunsten des Achtfußtags, nicht der Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn und neun Stunden. Wir müssen dies Menschenrecht erlämpfen, damit der Haufen zerstörerischer Menschenleiber, der in den Fabriken bereits aufgetreten ist, infolge Übermüdung der überanstrengten Arbeiter nicht immer neuen Zuwachs erhalten. Ich bitte Sie, dem zahlreich unterstützten Antrag Schubert zugestimmen. Seine Annahme bedeutet ein Misstrauensvotum gegen die Reichstagsfraktion, die unser aller Vertrauen in höchstem Grade genießt, aber wir sind dazu verpflichtet durch die Verpflichtungen, die wir auf den internationalen Kongressen eingegangen sind.

Weinschill-Offenbach: Wir haben uns erlaubt, die Zeit des Parteitags in Anspruch zu nehmen für einen Teil der Arbeiter, die zu den am schlechtesten gestellten in Deutschland gehören, für die Heimarbeiter. Durch den Antrag 68 soll der Fraktion seineswegs ein Vorrund gemacht werden, wir erkennen vielmehr an, daß sie bei jeder Gelegenheit für die in der Heimindustrie beschäftigten Arbeiter und deren gesetzlichen Schutz eingetreten ist. Das kann uns aber nicht abhalten, immer und immer wieder auf die schlechte Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen aufmerksam zu machen. Die Heimarbeiter nehmen eine Zwitterstellung ein, so daß man eigentlich gar nicht weiß, was man mit ihnen machen soll. Wir haben vor Kurzer Zeit z. B. versucht, den Rechtsanspruch der Heimarbeiter auf eine Kündigungsfrist vor dem Offenbacher Gewerbericht feststellen zu lassen, aber dieses sucht sich immer um die Sache herumzubringen, damit es kein Urteil fällen muß. Wir haben dazu den Syndikus der Handelskammer geladen, der uns sagte, er bemühe sich schon seit 15 Jahren, die Grenze zwischen Heimarbeitern und Gewerbetreibenden zu ziehen, das sei aber sehr schwer. Damit in dieser Frage nun einmal Klarheit geschaffen werde, haben wir den Antrag gestellt. Der Antrag 62 will den Heimarbeitern in der Vorortenzone eine Ausnahmestellung einräumen. Wir gehen von der Ansicht aus, daß es noch nicht so bald möglich sein wird, daß die Wünsche der Heimarbeiter erfüllt werden. Nachdem nun der Bundesrat bereits für einzelne Gewerbe besondere Vorrichten erlassen hat, sollte unsere Fraktion den Versuch machen, auch für die Heimarbeiter in den Vororten-Industrien den Erlass einer Sonderbestimmung zu erreichen. Von den Vorteilen, welche die Inwabens- und Alltagsversicherung doch immerhin bietet, sind unsere Heimarbeiter aufgetragen, ebenso in der Regel von der Krankenversicherung. Hinsichtlich der letzten verweise ich auf die verschiedene Regelung zwischen Berlin und Vororten hin. Sehr ungünstig für die Vororten-Industrie ist auch die jetzige schlechte wirtschaftliche Situation, es wurde durch eine amtliche Statistik festgestellt, daß der Export von Lebewaren um 60 Prozent abgenommen hat. Die Folge ist, daß sehr viele Kollegen arbeitslos werden und dann in der Haushaltungstätigkeit sind. Dadurch werden aber die Löhne ungemein gebrüdet. Da in den ungünstigen Verhältnissen der Haushaltungstätigkeit auch Frauen und Kinder beschäftigt sind, so sollte die Fabrik-Inspektion veranlaßt werden, einzutreten. Die Heimarbeiter sind seiner auch von der Unfallversicherung ausgeschlossen, trotzdem mitunter bedenkliche Unfälle vorzutragen. Die Fabrikanten krachten danach, die Heimindustrie immer mehr auszudehnen, diesem Verstreben soll durch unseren Antrag entgegengetreten werden.

Edmund Fischer-Briesnitz: Nur einige Worte über den Antrag, der die Fraktion beauftragt, die Einführung des Achtfußtags zu beantragen. In der Fraktion ist niemand, der nicht Anhänger des Achtfußtags ist, aber ob wir mit solchen Anträgen jetzt noch einsbringen oder nicht, ist belanglos, denn zur Verhandlung kommt er in dieser Session doch nicht. Wir haben in dieser Session aus tatsächlichen Gründen den Zehnfußtag gefordert, unser Antrag wurde zu dem Initiativangebot des Centrums auf Einführung eines Maximalarbeitstags für Frauen gestellt. Er ist bisher noch nicht verhandelt worden, da erst wenig Schwierigkeiten abgehalten sind. Es wäre ein Fehler, wollten wir unseren Antrag jetzt zu Gunsten eines Antrags auf Einführung des Achtfußtags zurückziehen. Gefordert haben wir den Achtfußtag stets bei jeder Gelegenheit, und das werden wir auch für die Folgezeit nicht unterlassen. Unser Antrag auf Einführung des Zehnfußtags ist die Probe darauf, ob es den Gegnern mit der Verkürzung der Arbeitszeit wirklich ernst ist. Wir haben uns nicht von opportunistischen Erwägungen, sondern lediglich von tatsächlichen Gründen leiten lassen.

Brandstetter-München: Die energische Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem Bollartarif hat bei allen Genossen im Lande volle Zustimmung gefunden. Auch in den Kreisen der Centrumswähler beginnt man gegenüber dem

Böllwucher mißtrauisch zu werden. Dem Antrag 62 zu Gunsten der in der Heimindustrie beschäftigten Portefeuille-Arbeiter kann ich nur vollständig beifassen. Gerade in der Heimindustrie fordert die Proletarierkunstzahl zahlreiche Opfer. Die Forderung des Achtstundentages darf nicht außer acht gelassen werden. Die wirtschaftliche Krise hat bewirkt, daß auch in Centrumskreisen unsere Forderungen Aufhang gewinnen. Bei der Arbeitslosigkeit muß der Centrumsmann ebenso gut seien wie wir. Der Achtstundentag muß endlich für das Volk errungen werden.

**Pöller-Kiel:** Der Antrag 63 ist von Kaiserlichen Arbeitern, die das Bild genießen, einer „Musterverfassung“ angehören, ausgängen. Der § 618 des B.G.B., um den es sich dabei handelt, sagt bekanntlich, daß die Arbeiter für unverschuldetes Zeitverzäumnis den Lohn erhalten müssen, allerdings mit der Einschränkungsbedingung, daß die Unternehmer sich diesen Verpflichtungen durch besondere Verträge entziehen können. Von einer Musterverfassung sollte man aber besonders erwarten, daß sie allen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern aufs peinlichste nachlässe. Das dies nicht der Fall ist, beweist die Einbringung dieses Antrages. Es gibt auf der Welt einen großen Teil von unteren und selbst hochgestellten Beamten, die überhaupt die S. 618 nicht kennen. Das gilt selbst vom Oberverwaltungsdirektor, der bekanntlich ein aktiver Marineoffizier ist; es ist die Vorstufe zum Admiral. Defensionsgeschäft sollte man annehmen, daß ein solcher Mann auch vom Erwerbsleben eine Abnung haben möchte. Ein Arbeiter, der persönlich beim Oberverwaltungsdirektor vorstellig geworden ist, ist von diesem abgewiesen worden mit der Begründung, daß ja in der Arbeitsordnung steht: „Von wird nur gewohnt für wirklich geleistete Arbeit.“ Diese Arbeitsordnung ist aber schon mehrere Jahre älter als das Bürgerliche Gesetz; außerdem kann doch ein derartiger Passus nicht als Nebenvertrag gelten, der jene Entschädigungspflicht ausschließt. In verschiedenen Fällen sind Arbeiter zu den sogenannten Wormschaftspflicht herangezogen worden, was eine unverhüllte Arbeitsverzäumnis mit sich brachte. In anderen Fällen ist Arbeitsverzäumnis entstanden durch die Gewerbehaftpflicht von Arbeitern, die in kleinen Nachbarorten Kiels wohnen. Es ist dann überhaupt keine Entschädigung geahnt worden. So ist man in derartigen „Musterverfassungen“ gewohnt, solche gesetzliche Bestimmungen auszuheben. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen und hoffe, daß die Fraktion durch ihr Vorgehen Abhilfe schafft.

**Eichhorn-Mannheim:** Ich zoll der Tätigkeit unserer Fraktion volle Anerkennung, wünsche aber, daß unsrer Initiativvorschlägen größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Bei der schwachen Beziehung des Reichstages ist unser Einfluß groß genug, so daß es wohl möglich ist, daß unsre Initiativvorschläge doch zur Verhandlung gebracht werden. Die Gatsbeobachter brauchen ja nicht immer zwölf Tage zu dauern. Früher haben wir die Majestätsbeleidigungen, den Großen Unser-Vorwurf, die Arbeitslammern und andere Fragen angeschauten. In dieser Session ist in der Beziehung nichts geschehen. (Oho!) Nebenbei bemerkt, sollte sich auch der Parteidag mal mit der Frage der Arbeitslammern befassen. Die Fraktion muß Wert darauf legen, daß unsre Initiativvorschläge mehr zur Geltung kommen. Das gilt auch für den Antrag auf Einführung des Achtstundentages. Der Widerstand, jetzt einen solchen Gesetzentwurf einzubringen, ist unberechtigt, die Gründe, die dazugegen vorgetragen hat, sind nicht durchschlagend. Wozu feiern wir denn den 1. Mai? Bloßes Demonstrieren nützt nichts, wir müssen auch zeigen, daß es uns Ernst ist. Die Arbeiter sind der Fraktion in dieser Beziehung vorausgezogen und haben vielfach auch ohne Reichstagsfraktion eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Ein Mißtrauen gegen die Fraktion bedeutet der Antrag nicht, aber wir glauben, daß gerade die jetzige Krise, wo viele Unternehmer freiwillig die Arbeitszeit verkürzen, der geeignete Moment ist, den Achtstundentag zu fordern.

**Schnert-Berlin:** Die Ausführungen Eichhorns überheben mich der Verpflichtung, den ersten Teil meines Antrages zu begründen. Ich kann mich deshalb darauf befranken, zu dem zweiten Teil einige Worte zu sagen. Die Forderung, daß in allen Körperschaften für die Einführung des Achtstundentages zu wirken ist, ist sehr wesentlich. In den Gemeinden sehen wir sehr oft, daß Arbeiter, die doch Bürger sind, in einer Weise behandelt werden, die jeder Beschreibung spottet. Zur Verringerung der Armenlasten werden diese Leute von den Gemeinden vielfach als Arbeiter eingestuft. Da nun aber die Kommunen gesetzlich nicht verpflichtet sind, Arbeitsordnungen aufzustellen, so thun sie das auch nicht, und so kommt es, daß die oberen und unteren Beamten die Arbeitszeit nach ihrem Belieben festsetzen. Arbeitsordnungen und Arbeitsauschüsse in den städtischen Betrieben sind durchaus notwendig, um die Lage der städtischen Arbeiter zu verbessern. Wir sind verpflichtet, für die städtischen Arbeiter einzutreten und für sie den Achtstundentag zu verlangen. Es ist deshalb notwendig, meinem Antrag zuzustimmen. Ebenso halte ich die Annahme des Antrages 68 für nötig, denn wenn die Reichsbehörden die Wahrung des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausschalten, so ahnen die Gemeinden dies bestens nach. Wir müssen alles dransetzen, um den Achtstundentag zu erringen. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte wird mit Rücksicht auf die Rundfahrt auf dem Starnberger See vertagt.

v. Vollmar tritt mit, daß von Ulrich-Stuttgart ein Schreiben eingegangen ist, wonach er vom zweiten württembergischen Wahlkreis ein Mandat hat, aber durch Erkrankung in seiner Familie an der Teilnahme verhindert ist.

Schluß 11 Uhr.

## Heiteres vom Parteidag in München.

Am Dienstag abend veranstalteten die Münchener Parteiengenossen zu Ehren der Delegierten im Hackerbräu ein Kellerfest. Zum Schlüsse, es war schon über Mitternacht, kam ein Haberfeldtreiben zur Aufführung, in dem verschiedenen Parteigruppen regelrecht „getrieben“ wurde. Die „Schandverse“ mit ihrer derben Frohseligkeit erweckten stürmischen Jubel. Wir lassen sie zum Beweise für den guten Humor innerhalb unserer Partei und für die, die nicht dabei waren, hier folgen:

1.

Da August von Breit'n, mit dem sang ma o,  
Weil es's Feierl und 's Maas' so guat is.  
Bal no Daner von uns 's Hof'näpfeli räabt  
Glei klimmt es wie Schwandari daher gischboziert;  
An jed'n Dresd' muacha blos'n, wann er eahn aa net brennt  
Da a jed's Hofzer stärt a ein, da Himmelsinstrument.

Mstr.: Is dös woahr?

Haberer: Woahr is!

Mstr.: Aufrewohn!

2.

Aba jah Männer klimmt no a beiss'a Hess'n,  
Da Gothaer Bock und da Ulrich vo Hess'n,  
Da Da' klagt jah' bat an Ord'n, da Andu saust an Großherzog  
Und dös woll'n nachat richtinge Manna sei;  
Dra san schon vo Grunh aus völli vadorn'  
Und nachtens klagt a Jeda a Hojuniform.  
Wstr.: Is dös woahr?

Haberer: Woahr is!

Mstr.: Aufrewohn!

3.

A ganz a bñndra Heilinga is scho da Nazt,  
War fröhla a grüniga boarischer Bazi.  
Set Bataland und set brawa kini dazu,  
Dös is eahn heut Alas nimma nobel gnuu.  
Er tugelt si jah im breithüschen Sand unanab  
Und pfeift aa no auf sei boarisch Bataland.

Neul hat er a sagt, es gäb in Breit'n a richtige Leut;  
Wer a so was red, bei dem seit's weit.  
Mstr.: Is dös woahr?  
Haberer: Woahr is!  
Mstr.: Aufrewohn!

4.

An Ehrhart Franz, am fröhler Churfürst, den nehma jehn dro,  
Der a so schd' läag'n und lauchandln so,  
Er thuat allsevel gern recht deutst mit de Leut bischriem,  
Aber sie steigt wiara Gott, wann's de Andern bei eahn problemt.  
Nacha mannumt ea und plärt ea vom quatin Ton,  
Jah' schwu nur grob oana a so was on?

Mstr.: Is dös woahr?

Haberer: Woahr is!

Mstr.: Aufrewohn!

5.

An Singa Pauli, von Breit'n is aa no a quater,  
Grad wos er net soll, dös treibt dös Quader,  
Statt dass er möcht, was recht war, schd' Singa,  
Hörst allsevel nur set Aufragd'klinga.  
Und möcht' omal raesa, nu fahrt ea da net  
Und geht mit oan um, als war ma set Wel.

Mstr.: Is dös woahr?

Haberer: Woahr is!

Mstr.: Aufrewohn!

6.

Mit dem Bernstein Ebt müch ma jah aa a Waril red'n.  
Groß Kampeln und Streit'n möcht er mit an Jeb'n,  
Es geht aber nur spazieren mit seina Blühs,  
Eig'n seit's an Bewegung und lust' an nig.  
Fröhla hat a go no a bessere Schnell,  
Heunt trifft er nix mehr, denn a Ziel is eahn 'zweit.

Mstr.: Is dös woahr?

Haberer: Woahr is!

Mstr.: Aufrewohn!

7.

Jah' bahts auf und spikt's b'Dörwosch'n ös scheert'n,  
Jah' klimmt oana von dö ganz groh'n Glechtn,  
Da Kautsky Karl, mit en Schädl volla Loc'n,  
Du hauet allsevel daheim in seina Spinnstub' hoch'n.  
Er studiert in da Blibe, wie fräha d'Leut hob'n finna Tüog'n,  
Und probiert nach, wie lang ma an Bandwurm so auszog'n,  
Aba wenn oana seiner Alltölfheit net traut  
Na wird er gret saugrob und grandi und frixt eahn am Kraut.  
Mstr.: Is dös woahr?

Haberer: Woahr is!

Mstr.: Aufrewohn!

8.

Da'n groh'n Brdrus von uns Hobeselreib'a  
Wäh' ma jah o'sanga sogar bei die Weiba.  
Dö Zeikin Klara macht uns Männer set saubere G'schicht'n,  
Mir sollt'n uns, moant's, nach dem Welbervolf rich't'n.  
Wästest Neamad ebbas, nur g'rad olla ste.  
I hält' no mehra a'sog'n, aba i lah's sei bleib'n,  
Sing' that's uns alle mitanana as Hobesel treib'n.  
Mstr.: Is dös woahr?

Haberer: Woahr is!

Mstr.: Aufrewohn!

9.

An schwer'l'n Broc'n kheun ma auf d'Regt ins aufschein  
Und dös mach a b'sunderes Gottesg'recht a geb'n.  
An Gigrl moan ma, an G'schloßherrn vo Walchensee,  
Der alle Grosskopfsaten in Breit'n und in da Polaiei bringt in  
d'Höö.  
Qua da G'sinnung, sagt a, braucht ma net viel Bastard  
Und dös Programm trogt a allse in da hintern Rocktaschen unanab,  
Mit dö Minsta fo er's aa guat ist.  
Und red' mit eahn gor net wie unserana.  
Unsere Bräuch hot er a scho' lang vageh'n.  
Und hoamal, sagt ma, that er mit'n Brinngregent'n a Mittag eß'n.  
Selber Minista j'vern, dös is eahn j'veni,  
In der Au' haast er heunt scho': Wo Oberbayern da Köti.  
Mstr.: Is dös woahr?

Haberer: Woahr is!

Mstr.: Aufrewohn!

10.

Wann's grab der Foss war, daß ma wieba anal lomma,  
Nach' müch' ma a no andre Verbrecha mitnehma.  
Da hält' ma gret an grohndächtigem Schänkl',  
An Onkel Grog\*\* vo Stuttgart, der her müch' auf's Bank.  
Der Heine, der Arthur that'n a her g'hören.  
Do that' ma heunt nimma mehr ferti wer'n.  
Aba jah' kauat mi bereits 'as Le' vabrläsh',  
Jah müch' ma weg'n Mängel an Seit unsa Hobeselreib'n be-  
schlussh'n.

## Vereine und Versammlungen.

### Freie Turnerschaft Leipzig und Umgegend.

Die am 14. September im Deutschen Haus zu Stötteritz tagende Bezirksversammlung war von 202 Turnern besucht, die 23 Gruppen vertraten. Es fehlten: Bösdorf-Eichtra, Großschei, Knautholzberg und Rödern. Zu Ehren des beim Getriebensteinburg Wasserturm in Schönfeld verunglückten Turnengenossen Karl Gillner erhebt man sich von den Plänen. Sodann giebt der Vorsitzende Band unter Geschäftlichem bekannt, daß die Gruppe Müglitz aus unserem Bezirk ausgeschieden und sich dem 5. Bezirk angellossen hat. Die Gruppen werden erachtet, die Bezirks-Sternwarte schleunigst einzuführen. — Es wird dann beschlossen, den 50. Todestag Friedrich Ludwigs Jahn durch eine Gedächtnisfeier am Sonnabend den 18. Oktober 1902 im Pantheon zu begehen. Die Feier soll in Prolog, Festrede, Konzert und turnerischen Aufführungen bestehen. Auch soll ein künstlerisch ausgestattetes Gedächtnisblatt herausgegeben werden. Die Gruppen, die sich an den Aufführungen beteiligen wollen, mögen sich schnellstens an Bezirksturnwart Müller wenden. — Zum Konflikt zwischen Bundesvorstand und Revisoren erfolgt eine lebhafte Aussprache und wird allgemein gerügt, daß diese Sache in die öffentliche Diskussion gelangt. Es wird schließlich folgende Resolution des Turnengenossen Linke angenommen: Die am 14. September im Deutschen Haus zu Stötteritz tagende Mitgliederversammlung des Bezirks vom 4. Kreis spricht ihr Beauftragten über den Austritt des Konflikts der Bundesrevisoren mit dem Bundesvorstand aus. Sie ist der Meinung, daß bei möglichster Beschränkung der Beurteilungen der einzelnen Kreisvertretungen die Angelegenheit einen derartigen vorläufigen Abschluß hätte nehmen müssen, der die Aussichtnahme eines außerordentlichen Turnfestes sofort hinfällig gemacht hätte. Nach Vergleichungen des Flugblattes des Vorstandes mit dem des Turnvereins Görlitz, Mitteilungen Nr. 9 vom 1. September 1902, kann nur eine endgültige Regelung auf dem möglichst Osterm 1903 stattfindenden Bundesturntag geschehen und sind die streitenden Parteien gehalten, weitere Ausschüsse hierüber zu unterlassen. Diese Resolution ist dem

\* Vollmar. \*\* Dief.

Bundesvorstande zur sofortigen Angriffsnahme der Abhaltung des Turnfestes zu Osterm 1903 zu übertragen. — Es wird dann die Angelegenheit des Turnvereins Modau und Umgegend zur Sprache gebracht, der in einem nicht auf der Losallje stehenden Lotal sein Schanturen abhält. Hierzu giebt der Vorsitzende dieses Vereins Aufschluß und verteidigt diese Handlungswweise, indem der dortige Arbeiterverein das betr. Lotal seiner Zeit nicht in genügender Weise unterstützen habe, dies vielmehr dem Turnverein überlassen habe. Auch habe der Besitzer des Lotsals sich schließlich bereit erklärt, sein Lotal zu Modau und Landgutsdorf zu verkaufen. Einstimig wurde aber das Verhalten der Leipziger Volkszeitung verurteilt, die zwei Beurteilungen des Modauer Turnvereins, die verlesen wurden, nicht aufnahm mit dem Hinweis, daß sie die Partei beleidigten. Der Vorstand wird beauftragt, wegen dieser Sache den Justizbeamten in der Volkszeitung zu betreten. — Schließlich wird noch ein Antrag angenommen, durch den eine einheitliche Bezirksvertretung für eingeführt wird. Nach Erledigung einiger Fragen wird die Versammlung geschlossen. — (Wirs heute zu der einstimmigen Verurteilung des Verhaltens der Leipziger Volkszeitung in der Angelegenheit des Modauer Turnvereins ausführlicher zu äußern, haben wir keine Veranlassung. Dazu wird sich Gelegenheit geben, wenn die Sache infolge des angekündigten Beschlusses des Justizbeamtenwegs an die Parteiversammlung gelangt. Nur eins muß schon heute richtiggestellt werden: Wir haben die beiden Beurteilungen abgelehnt nicht weil durch sie unsere Parteiorganisation von Modau beleidigt werden sollte, sondern aus dem Grunde, weil wir es nicht für unsere Aufgabe ansahen, daß Parteileitung zur Durchsetzung der in der Volksfrage von der Parteileitung getroffenen Maßnahmen mißbrauchen zu lassen. Nebaktion.)

**Eine große öffentliche Tapeziererversammlung** tagte am 18. September im Bürgergarten mit der Tagesordnung: Sozialpolitik in den Gewerbschaften. Referent Kollege Gutsch aus Dresden. In seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag erläuterte er die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Humanitätsphrasen der Unternehmer. Er betonte, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung noch sehr viel zu tun hat und die Arbeiter aufgklärter werden müssten, damit sie sich ihrer sozialen Stellung bewußt würden. Er erinnerte an die Nötheinnot des vorjährigen Jahres, wo die Unternehmer die Nöthein nur zu den höchsten Preisen auf den Markt gelangen ließen. Der Verlust eines Sklaven würde den Unternehmern mehr Sorge verursachen, als der eines Arbeiters, der seine Gesundheit und sein Leben dem Unternehmertum zum Opfer bringt. 80 000 Menschen verlieren bei der herrschenden Profitabilität der Unternehmer alle Jahre ihre Gesundheit. Die Betriebsunfälle haben in erschreckender Weise zugenommen, so daß die Regierung sich gezwungen fühlt, die Arbeiterschutzgesetzgebung nach und nach weiter auszubauen. Jeder Kollege müßte das Solidaritätsgefühl verstehen, sich dem Verband anzuschließen; denn nur durch eigene Kraft können wir uns bessere Lebensbedingungen erlämpfen. Aber wir müssten uns neben der Gewerbschaften auch mit der politischen Organisation befassen; wir dürfen nur solchen Kandidaten unsere Stimme geben, die unser Interesse vertreten und die soziale Lage der Arbeiter genau kennen und deshalb auch eine bessere Arbeiterschutzgesetzgebung von der Regierung fordern. Nedner berührte noch kurz die Arbeitslosenunterstützung. Er ist der Ansicht, daß wir dadurch unsere Organisation kräftigen und so zu besserer Entlohnung kommen. In der darauffolgenden Diskussion wurde von mehreren Kollegen die Rentenversicherung in der Unfallversicherung gezeigt und dabei von einem Nebner erwähnt, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung noch sehr viel Hinterblieben hat; jedenfalls würden auch die indifferenteren Kollegen, die da sagen, der Staat sorgt für uns, noch zur Einsicht kommen, daß die Staatsfürsorge für den Arbeiter sehr gering ist. Ein Kollege berührte noch die gegenwärtige Fleißnot und bat, nur auf die Volkszeitung zu abstimmen. Werner wurde noch auf das Erwerben des Bürgerrechts, sowie auf die nächste Reichstagswahl hingewiesen. Jeder stimmberechtigte Kollege wurde ans Herz gelegt, nur sozialistische Arbeitersvertreter zu wählen. Unter Gewerbschaftlichem gab unser Tapeziererkanzlei eine interessante Statistik aus der Tapeziererkanzlei bekannt und betonte dann, daß es 42 Tapeziererstädtl. befinden, von denen aber viele mit den Kleinerwerbstümern auf eine Stufe zu stellen sind. Die Zählung habe mit der Gewerbesammlung eine Statistik ausgearbeitet, wonach bei 681 Mann in den drei letzten Jahren bloß 20 Krankheitsfälle verzeichnet sind; nach den Aufzeichnungen unserer Krankenfasse sind in den drei letzten Jahren bei 70 Geschäft 113 Krankheitsfälle eingetragen, wovon allein auf Lungenerkrankungen und Rheumatismus 31 Fälle kommen. Von dem Vorsitzenden wird noch besprochen, daß ein studierter Mann sich erboten hat, eine allgemeine Überzahl in unserem Berufe auszuüben, und bittet die Kollegen, die bei der Fragebögen gewissenhaft auszufüllen. Nachdem noch auf die nächsten Sonnabend stattfindende Mitgliederversammlung hingewiesen wurde, erfolgte Schluß der vor ca. 120 Tapezierergehlsen besuchten Versammlung. Unsere Herbstfest findet am 11. Oktober im Apollo statt.

### Veranstaltung der Dachdecker.

Genosse Wilhelm Wittig hielt einen Vortrag über die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter. Der Nebner schilderte die heutige Lebensweise der Arbeiter und zeigte, wie vielfach Nahrungsorgeln und Unterernährung vorhanden sind. Frauen- und Kinderarbeit tragen zur Verstörung des Familienlebens bei. Während ein kleiner Teil der Bevölkerung im Überfluss lebt, befindet sich die große Masse des Volkes im Elend. Die Arbeiter wollen sich nicht länger auf den Himmel vertrauen lassen, sondern sie wollen schon auf Erden